

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

**Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik die Landwirtschaft und die ländlichen Räume in der EU stärken** (C)

– Drucksache 15/422 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Matthias Weisheit, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**EU-Agrarreform mutig angehen und ausgewogen gestalten**

– Drucksache 15/462 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Ulrich Heinrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Marktwirtschaftliches Modell einer flächengebundenen Kulturlandschaftsprämie verwirklichen** (D)

– Drucksache 15/435 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Bevor ich der Abgeordneten Waltraud Wolff das Wort erteile, muss es hier noch ein bisschen ruhiger werden. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die etwas zu besprechen haben, hinauszugehen, und bitte die anderen Kolleginnen und Kollegen, sich auf die Plätze zu begeben, damit wir mit der Debatte fortfahren können.

Jetzt hat die Kollegin Wolff das Wort.

**Waltraud Wolff** (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Europa ist in Bewegung, egal ob es die Einführung des Euro ist oder ob es die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten ist. Europa ist zukunftsorientiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch im Bereich der Landwirtschaft wollen und dürfen wir nicht stehenbleiben. 1999 wurde mit der **Agenda 2000** der Finanzrahmen für die europäische Agrarpolitik bis zum Jahr 2006 festgeschrieben. Damals erhielt die

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9 a bis 9 c auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Gerda Hasselfeldt, Dr. Wolfgang Schäuble, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Waltraud Wolff

- (A) EU-Kommission den Auftrag, zur Entwicklung der Agrarausgaben und zu den Reformmaßnahmen eine Halbzeitbewertung vorzulegen. Nach dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs sollten sowohl die Marktordnungen als auch der Finanzrahmen kritisch überprüft werden.

Als die Kommission die Vorschläge zur Halbzeitbewertung im Juli des letzten Jahres vorlegte, zeigte sich: Die Kommission griff wichtige Positionen der Bundesregierung auf. Ganz besonders hervorzuheben sind die Vorschläge zur **Entkopplung der Prämienzahlungen von der Produktion** und der Vorschlag zur **Einführung einer dynamischen obligatorischen Modulation**. Sie ist im Grundsatz auch dazu geeignet, Wettbewerbsverzerrungen zu entschärfen und die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Oktober des letzten Jahres beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer den **finanziellen Rahmen für die gemeinsame Agrarpolitik der erweiterten EU**. Somit war wieder die Kommission am Zug. Seit Ende Januar liegen die **Legislativvorschläge der Kommission** vor. Auch diese Vorschläge zeigen wieder: Die rot-grüne Bundesregierung hat die Weichen in die richtige Richtung gestellt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) ob es die Entkopplung der Direktzahlungen ist, ob es die Umschichtung von Geldern von der ersten in die zweite Säule durch Modulation ist oder ob es die Stärkung von Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz ist. Diese zentralen Forderungen der rot-grünen Bundesregierung sind Bestandteil des Reformpakets.

Auch wenn sich die Kollegen von der CDU/CSU und der FDP gegenüber dem Berufsstand gern als Bewahrer des Alten darstellen: Wir alle in diesem Haus wissen: Wir müssen weg von einer Produktionssubventionierung und wir müssen die Gelder noch stärker in die Stützung der ländlichen Räume und in Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen umlenken.

Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass im September die nächsten **WTO-Verhandlungen** stattfinden. Die EU muss die Reformen zur gemeinsamen Agrarpolitik also zügig voranbringen, will sie die nächste WTO-Runde in unser aller Interesse gut bestehen.

Allerdings müssen bis dahin noch einige Fragen beantwortet werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Kommission nun ergänzende Analysen vorlegt, damit die Länder die Auswirkungen der Reform noch besser einschätzen können. Schon jetzt werden an einem Beispiel, nämlich dem Vorschlag zur **Betriebsprämie**, die Probleme deutlich: Werden die Prämienrechte der letzten Jahre als Referenzwert herangezogen, werden regionale Ungleichgewichte weiter festgeschrieben und eine Benachteiligung von Grünlandbetrieben gegenüber Ackerbaubetrieben fest zementiert.

Die Bundesregierung verfolgt daher eine andere Strategie. Lassen Sie mich dazu einige entscheidende Fakten

- (C) nennen: Erstens. Die Entkopplung sollte schrittweise erfolgen und in Richtung einer regional **einheitlichen Flächenprämie** gehen.

Zweitens. Die in der EU geltenden Vorschriften in den Bereichen **Umwelt- und Tierschutz** sowie **Lebensmittel- und Betriebssicherheit** müssen besser durchgesetzt werden.

Drittens. Die vorgesehene Cross-Compliance-Regelung und die Einführung eines betrieblichen Beratungssystems müssen so ausgestaltet werden, dass in den Mitgliedstaaten möglichst **einheitliche Mindeststandards** gelten und dies nicht zu einem unangemessenen bürokratischen Aufwand führt.

Viertens. Auch bei der **Milchmarktreform** muss den Milcherzeugern eine wirtschaftlich tragfähige Perspektive angeboten werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fünftens. Die vorgesehenen Regelungen im Bereich der **nachwachsenden Rohstoffe** sind längst noch nicht ausreichend. Der angedachte Prämienbetrag von 45 Euro pro Hektar genügt den Betrieben nicht, um auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten zu können. Wir müssen an dieser Stelle zukunftsorientiert denken und alle Möglichkeiten nutzen, um fossile, begrenzt vorhandene Rohstoffe zu schonen. Außerdem sollte uns bewusst sein, dass damit die Abfallproblematik entschärft würde, weil nachwachsende Rohstoffe gut abbaubar sind. An dieser Stelle muss nachgebessert werden.

- (D) Als ostdeutsche Politikerin habe ich natürlich immer die EU-weit einmaligen **Strukturen in den neuen Ländern** im Visier. Daher bin ich sehr froh, dass die im Rahmen der Modulation geplante Kappungsgrenze vom Tisch ist. Schon nach Bekanntgabe der Reformvorschläge im Juli letzten Jahres habe ich mich eindeutig gegen dieses Modell ausgesprochen, denn innerhalb der EU wäre mehr oder weniger nur eine Region in einem Land davon betroffen, nämlich die neuen Bundesländer. Fast 90 Prozent der Betriebe in den neuen Bundesländern wären unter diese Regelung gefallen. Es wäre auch absolut unverständlich gewesen, wenn die in den 90er-Jahren neu entstandenen Agrargenossenschaften unverhältnismäßig stark belastet worden wären.

Bei den jetzt vorliegenden Legislativvorschlägen zur obligatorischen Modulation ist meiner Meinung nach noch zu überprüfen, inwieweit überhaupt eine im Regionenvergleich ausgewogene Prämienkürzung gegeben ist.

Die Bundesregierung muss sich auch dafür einsetzen, dass der notwendige **Arbeitskräfteeinsatz** besser berücksichtigt wird. So ist zum Beispiel ein in der Tierproduktion tätiger Betrieb arbeitskräfteeintensiv. Bei einem reinen Ackerbaubetrieb jedoch ist die Fläche mit relativ wenig Arbeitskräften zu bewirtschaften. In Zukunft kann es nur so sein, dass der Betrieb mit einem hohen Arbeitskräfteeinsatz weniger von den Kürzungen betroffen ist als der Betrieb, der mit wenig Arbeitskräften wirtschaften kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Waltraud Wolff

- (A) Es kann auch nicht im Interesse der Landwirtschaft liegen, einen Teil der Kürzungen durch Modulation in den Mitgliedstaaten umzuverteilen. Zu kritisieren ist auch, dass lediglich bis zu 6 Prozent der Kürzungsgelder zur Stärkung der zweiten Säule genutzt werden können. Bei einen Kürzungsansatz von maximal 19 Prozent sollte ein sehr viel größerer Betrag zur **Förderung der ländlichen Räume** zur Verfügung gestellt werden.

Zum Thema Modulation ein kleiner Schwenk in mein Bundesland, nach Sachsen-Anhalt: Mir hat unheimlich gut gefallen, dass sich die landwirtschaftlichen Verbände unterschiedlichster Couleur bezüglich der **Umsetzung der Modulation in Deutschland** auf eine Marschrichtung einigen konnten. Man sehe und staune also, dass gemeinsame Schwerpunktbereiche festgelegt werden konnten, so zum Beispiel die Förderung von umwelt- und artgerechten Haltungssystemen in der Tierhaltung und die Förderung extensiver Grünlandnutzung. Also: Im Chor singen viele Stimmen und wenn sich alle bemühen, klingt es sogar sehr schön.

Das Gleiche gilt natürlich für den Reformprozess in der EU. Es bedarf zwar noch einiger Veränderungen, aber wenn sich alle EU-Mitgliedstaaten weiter bemühen, können wir ein vernünftiges Modell vorlegen und gehen gut vorbereitet in die WTO-Verhandlungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe natürlich auch die Anträge der Opposition gelesen. Wenn ich all das, was ich bei CDU/CSU und FDP gelesen habe, richtig verstanden habe, haben wir viele Berührungspunkte und auf bestimmten Feldern ähnliche Sichtweisen. Lassen Sie mich deshalb mit einem Wunsch schließen: Ich wünsche mir, dass wir – Regierungskoalition und Oppositionsparteien – für diesen bedeutenden Reformprozess gemeinsam Kraftanstrengungen für Deutschland in einem gemeinsamen Europa unternehmen.

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Marlene Mortler.

(Beifall bei der CDU/CSU)

– Die Kollegen klatschen schon, das ist nämlich ihre erste Rede hier.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/  
CSU]: Wir klatschen auch das nächste Mal bei  
ihr!)

**Marlene Mortler (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Titel Ihres Antrags ist auf den ersten Blick verheißungsvoll,

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: Auf den zweiten auch!)

aber nur auf den ersten Blick. In Wirklichkeit steht nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei  
Abgeordneten der FDP)

Unsere Bäuerinnen und Bauern in Deutschland sind mutig. Sie wollen sich auch weiterhin den Herausforderungen der Zukunft stellen. Ob ihre Existenzgrundlage als Ausgangsbasis dafür gewährleistet bleibt, hängt folgenreich von dem ab, was wir bzw. Sie beschließen. Die Hauptstoßrichtung der vorliegenden Reformvorschläge führt aber dazu, dass in Deutschland viele landwirtschaftliche Betriebe vor dem Aus stehen würden. An die Stelle von ausgewogenem Gestalten ist hier Flickschusterei getreten. Den bäuerlichen Unternehmerfamilien ist damit nicht geholfen. Sie brauchen eine verlässliche Agrarpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei  
Abgeordneten der FDP)

Beim Berliner Gipfel 1999 wurde vereinbart, dass die in der Agenda 2000 festgesetzten Grundregeln verbindlich bis 2006 gelten. Dieses Ergebnis hat die Bundesregierung damals als großen Erfolg verkauft: Die deutsche Landwirtschaft hat Planungssicherheit. Heute scheinen die Regierungsparteien davon nichts mehr wissen zu wollen. Ich erwarte von Ihnen Vertrauensschutz. Halten Sie Wort!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei  
Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, für mich ist der Inhalt der Reformpläne entscheidend und nicht die Verpackung.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Jawohl!)

Die Inszenierung der Reformpläne war aus Sicht unserer Verbraucher schon beeindruckend, professionell und überzeugend. Die Ziele – weniger Bürokratie, Stärkung bäuerlicher Landwirtschaft, Umweltschutz, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit – gehen für alle Bäuerinnen und Bauern sowie Verbraucher in Ordnung. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen wird aus unserer Sicht jedoch der falsche Weg beschritten. Ich empfinde außerdem die Begründung der **Reformpläne der Kommission** als Diffamierung unserer Bäuerinnen und Bauern, denn sie erzeugen hochwertige Nahrungsmittel. Sie wirtschaften nach dem Nachhaltigkeitsprinzip

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

und pflegen gleichzeitig unsere Kulturlandschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei  
Abgeordneten der FDP)

An einem Beispiel aus meinem eigenen Betrieb zum Thema Markt wird das deutlich: Wir erzeugen und verarbeiten sowohl konventionelle als auch Bioprodukte, aber nicht, weil Ministerin Künast das so verordnet hat, sondern weil der Markt das so will.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN  
und der FDP)

Zum Stichwort „Bio“ und zum **staatlichen Biosiegel**: Seit der Einführung sind meine Biobauern im Landkreis stocksauer, weil ihre Preise und Märkte wegen des verstärkten Imports immer mehr einbrechen.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/  
CSU]: Der Künast-Effekt!)

(C)

(D)

**Marlene Mortler**

- (A) Sie bringen es so auf den Punkt: Wenn es der konventionellen Landwirtschaft gut geht, dann geht es auch uns Ökobauern gut.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung ist stark im Erfinden von interessanten Wortschöpfungen. Auch bei Fischler werden klangvolle Begriffe wie Entkoppelung, Modulation und Cross Compliance angeführt, die in der Konsequenz aber harte Einschnitte und eine weitere Welle an **Bürokratie** bedeuten.

Die Bundesregierung sammelt gerade Erfahrungen bei der **nationalen Modulation**. Um die gekürzten Direktzahlungen wieder zu verwenden – hören Sie genau zu! –, ist mindestens 1 Euro an zusätzlichem Verwaltungsaufwand der Behörden für 4 Euro gekürzte Mittel erforderlich. Gleichzeitig kommt in der gesamten Landwirtschaft netto letztlich weniger Geld einkommenswirksam an.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ulrich Heinrich [FDP]: Das ist das Hauptproblem: zu viel Bürokratie!)

Der französische Landwirtschaftsminister Gaymard und somit die französische Regierung zeigen dagegen auf, dass es ihnen um die Menschen in der Landwirtschaft und deren Existenzgrundlage geht. Sie sehen die Situation realistisch:

Die Schwierigkeiten der WTO-Verhandlungen beruhen auf der Tatsache, dass Europa seine Agrarreform bereits mit der Agenda 2000 vollzogen hat, während einige Staaten einen größeren Beitrag der EU erwarten. Wir müssen daher unsere eigene Reform in den Vordergrund der Verhandlungen stellen, zumal andere Länder ihren Beitrag noch nicht geleistet haben.

- (B) Bei der Agrarreform ist ohnehin keine Eile angesagt. Die Haushaltsobergrenzen sind nicht überschritten und es gibt keine Überproduktion.

So Originalton Gaymard letzte Woche.

Zu dieser Einsicht müsste eigentlich auch die Bundesregierung kommen, da sie dieselbe europäische Landwirtschaft wahrnimmt wie Frankreich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber vielleicht sind wieder einmal die Übersetzer schuld daran, wie es der Bundeskanzler nach seiner Einigung mit Staatspräsident Chirac über die Agrarfinanzplanung bis 2013 beim Brüsseler Gipfel nachträglich hinstellte. Wenn die Bundesregierung ohne Not eine erneute EU-Agrarreform forciert, so schwächt sie die deutschen und europäischen Bauern im Markt und befürwortet einen massiven **Strukturwandel**.

Das heißt, der Rückgang der flächendeckenden Landbewirtschaftung, gerade in benachteiligten Gebieten, ist vorprogrammiert. Zuerst werden kleine und mittlere Betriebe vor das Aus gestellt. Wo sind denn die mutigen, hehren Aussagen aus der Hochzeit von BSE – „Klein ist gut; groß ist schlecht, weil es Masse bedeutet“ – geblieben? Sie sind auf der Strecke geblieben.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat nur Stoiber gesagt!)

- Die Ministerin – wir haben das gerade auch von Ihnen, Frau Wolff, vernommen – freut sich sogar darüber, dass die so genannte Kappungsgrenze gefallen ist. (C)

Meine Auffassung von Landwirtschaft ist folgende: Jeder Betrieb, der nach bestem Wissen und Gewissen arbeitet – dabei sind die Größe und die Wirtschaftsweise zweitrangig –, verdient unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was immer das bedeutet!)

Denn es geht um den **Erhalt von Arbeitsplätzen** nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im vor- und nachgelagerten Bereich und im ländlichen Raum allgemein.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Alles selbstverständlich!)

Was hier zerschlagen wurde, ist auch in einer erweiterten zweiten Säule nicht aufzufangen. Ist das vielleicht bewusst kalkuliert? Ich hoffe, nicht.

Interessant ist auch, dass die Regierungsfractionen für einheitliche Mindeststandards in den Mitgliedstaaten plädieren. Fakt ist, dass zum Beispiel die EU-Richtlinien stets einheitliche Vorgaben umfassen, die Bundesregierung aber dafür bekannt ist, immer noch eins draufzusetzen, Stichwort: nationale Alleingänge.

Fakt ist auch, dass die Vorschläge des WTO-Landwirtschaftsbeauftragten Harbinson bestätigen, wie strategisch unklug die Kommission vorgegangen ist. Sie hat sich und uns mit den tiefgreifenden Vorschlägen einen Bärenienst erwiesen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Leider passt der Antrag der Koalition in dieses Schema.

Ich vermisse auch ein klares Bekenntnis zur Fortführung der **Milchquote** über 2008 hinaus.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Sehr richtig! Kein Wort dazu!)

Mit einem Milchrichtpreis von 20 Cent pro Liter würde jegliches unternehmerische Handeln im Keim erstickt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit ist eine kostendeckende Milcherzeugung in Deutschland nicht mehr möglich. Denken Sie an unsere Grünlandbetriebe und an die benachteiligten Gebiete, vor allem an das Allgäu. Sie haben kaum Alternativen.

Einerseits feiern Sie die Höhe der Tarifabschlüsse als großen Erfolg. Andererseits akzeptieren Sie, dass die Landwirtschaft zweimal bestraft wird: zum einen mit **sinkenden Einkommen** und zum anderen mit **steigenden Belastungen**.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist um.

**Marlene Mortler (CDU/CSU):**

Ich weiß, Frau Präsidentin. Es ist meine erste Rede. Ich gelobe Besserung.



**Marlene Mortler**

- (A) Die Landwirte in Deutschland erwarten von der Politik zu Recht Perspektiven, die ihnen ein **nachhaltiges Wirtschaften** ermöglichen. Dazu gehört, dass der Anbau nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen auch zukünftig möglich sein muss. Dazu gehören ferner Planungssicherheit bei der Milchmarktordnung, weniger Bürokratie, um das Anlastungs- und Sanktionsrisiko zu senken, künftige Beihilfen nur für die wirtschaftenden Betriebe, der Erhalt regionaler Produktionszweige und vor allem die Absicherung des europäischen Landwirtschaftsmodells.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Frau Kollegin, ich bin schon sehr großzügig gewesen. Bitte nur noch einen letzten Satz!

**Marlene Mortler (CDU/CSU):**

Unsere Bauern und Bäuerinnen verdienen es, dass Sie sich nachhaltig auf allen Ebenen in der EU und bei der WTO für sie einsetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Frau Kollegin, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses zur Ihrer ersten Rede.

(Beifall)

Bei der Beachtung des Zeitregimes müssen Sie allerdings ein bisschen nachbessern.

(C)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Ulrike Höfken.

**Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kritisiere nur ungern Kollegen, die ihre erste Rede gehalten haben. Aber, Frau Kollegin, ich muss zu Ihrer Rede – nehmen Sie es bitte nicht persönlich – wie auch grundsätzlich zur Politik der CDU/CSU sagen: Sie träumen.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand]  
[CDU/CSU]: Oh!)

Sie fordern von uns Reformen auf nationaler Ebene. Gleichzeitig reden Sie davon, man dürfe auf keinen Fall Alleingänge machen.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/  
CSU]: Das mit den Alleingängen hat auch Frau  
Wolff gesagt!)

Wo leben Sie eigentlich? Wir haben einen Antrag vorgelegt, der große Parallelen zum Papier des DBV aufweist. Sie müssten Ihre Kritik also schon ausweiten.

Es ist klar, dass das Jahr 2003 ein wichtiges Jahr für die Landwirtschaft ist. Mit den Reformvorschlägen der

EU-Kommission, den Anforderungen der EU-Osterweiterung und den WTO-Verhandlungen stehen ganz konkrete und von uns gewiss nicht zu leugnende Herausforderungen an, denen wir uns stellen müssen und stellen werden. Die Weichen für die nächsten Jahre werden gestellt. Mit dem jetzt vorliegenden Vorschlag der EU-Kommission werden in der Tat wichtige Vorschläge von Frau Ministerin Künast aufgegriffen.

Es gibt zu dieser Reform keine Alternative:

Erstens. Die derzeitige EU-Agrarpolitik aufgrund der Brüsseler Finanzbeschlüsse wäre schlichtweg nicht mehr finanzierbar, wenn im nächsten Jahr zehn weitere Staaten in die EU aufgenommen werden. Die EU wäre schlichtweg handlungsunfähig. Als Anmerkung zum Beitrag meiner Vorrednerin nenne ich das Stichwort Nettozahlerposition. Wie, bitte schön, hätten Sie die Finanzprobleme nicht nur dieses Landes, sondern auch der anderen europäischen Länder lösen wollen, wenn es hier nicht ein vernünftiges **Finanztableau** gegeben hätte?

Es gibt zweitens keine Alternative zur Reform der europäischen Agrarpolitik, weil die derzeitige EU-Agrarpolitik schlichtweg nicht WTO-kompatibel ist. Wir stehen in der Verantwortung, die Betriebe auf diese Situation vorzubereiten. Deswegen ist es notwendig, diese Vorschläge

Ulrike Höfken

- (A) jetzt vorzulegen, darüber jetzt zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen. Denn dann kann es – dies muss auch so sein – zu Planungssicherheit kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Drittens müssen die Agrarpolitik und auch die staatlichen Transferleistungen gesellschaftliche Akzeptanz erhalten. Dies muss verbessert werden. Eine verstärkte Ausrichtung auf den Verbraucherschutz sowie die Umwelt- und Tiergerechtigkeit ist dafür eine notwendige Voraussetzung.

Wir brauchen, wie gesagt, die rechtzeitige Reform der europäischen Agrarpolitik. Denn wir können die Erweiterung der EU und die völlige Veränderung der Agrarpolitik – darauf hat Kommissar Fischler zu Recht hingewiesen – nicht gleichzeitig schultern. Wir brauchen Zukunft für die ländlichen Räume. Wir brauchen eine verstärkte Förderung und Unterstützung der so genannten zweiten Säule. Denn diese bietet die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen und Wirtschaftsentwicklungen zu fördern.

Noch eine Anmerkung zu den WTO-Vorschlägen, die im Rahmen des Harbinson-Papiers vorliegen. Wir müssen wahrscheinlich gemeinsam sagen: Diese Vorschläge sind einerseits nicht dazu geeignet, den berechtigten Forderungen der schwächsten und schwachen Entwicklungsländer nach einem verbesserten Marktzugang nachzukommen. Andererseits sind sie nicht kompatibel zu den Vorschlägen – das muss man deutlich sehen –, die jetzt im Rahmen des Fischler-Papieres gemacht worden sind. Sie sind also in dieser Form für uns nicht akzeptabel.

- (B) Die Vorschläge der EU-Kommission gehen insgesamt in die richtige Richtung. Wichtig werden aber die Konkretisierung und die Ausgestaltung dieser Vorschläge sein. Hierbei werden für Deutschland einige Korrekturen notwendig sein, die wir in dem Antrag, der Ihnen vorliegt, niedergelegt haben.

Das erste Stichwort lautet **Entkoppelung**. Das ist ein Systemwechsel, der auch im Rahmen der WTO-Beschlüsse verlangt werden wird. Wir brauchen ein staatliches Fördersystem, das den dann zugelassenen Green-Box-Maßnahmen wirklich entspricht. Das heißt, wir brauchen betriebsbezogene Beihilfen. Wir unterstützen die Bundesregierung darin, schrittweise in Richtung Flächenprämien zu gehen. Wir wollen vor allem – das ist für uns ein wichtiger Punkt – eine stärkere Grünlandförderung. Wir wollen auf keinen Fall, dass das Ungleichgewicht zwischen Ackerbauförderung und Grünlandförderung, das bisher existiert, weiter zementiert wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun zum Stichwort **Cross Compliance**, zur Koppelung der Direktzahlungen an Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards. Ich denke, dies bietet nun endlich die Möglichkeit, EU-weit zu einer stärkeren Verbindlichkeit der entsprechenden Richtlinien zu kommen. Das haben auch Sie von der Opposition immer gefordert und das ist natürlich notwendig. Wir verlangen, dass es zu einer praxismgerechten Ausgestaltung der Cross-Compliance-Regelung kommt, die dann auch unbürokratisch sein soll.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Ich denke, das Anliegen teilen alle.

(C)

Ähnliches gilt für das Betriebsaudit. Das könnte ein Monstrum werden; aber es kann genauso gut eine Chance sein, Qualitätssicherungssysteme zu unterstützen, über die die deutsche Landwirtschaft ohnehin verfügt oder die sie einrichten möchte. Das heißt, auch hier bestehen große Chancen, wenn die Ausgestaltung praxismgerecht erfolgt.

Nun zum Ausbau der zweiten Säule und zur Einführung der obligatorischen **Modulation**. Es ist richtig, dass die Kommission diesen Schritt verstärkt geht. Die Modulation wird obligatorisch eingeführt. Das führt zu einer besseren Fördergerechtigkeit, bringt mehr Mittel in die ländlichen Räume und verstärkt die Umweltgerechtigkeit bei der Produktion. Auch die bäuerliche Produktion wird damit ganz deutlich gestärkt.

Wichtig ist das im Übrigen nicht nur für die bisherigen Mitgliedstaaten und für Deutschland mit seinen ländlichen Regionen, sondern gerade für die Beitrittsländer. Allerdings müssen wir sagen: Die Modulation kommt zu spät, erst nach 2006, und mit viel zu niedrigen Anfangssätzen. Das heißt, wir setzen uns dafür ein, dass es zu einem Vorziehen und zu einer besseren Ausstattung der Modulationsregelung kommt, um auch in diesem Bereich in Zukunft die Agrarumweltprogramme zu stärken.

Die Regelung im Hinblick auf die **nachwachsenden Rohstoffe** – das hat meine Kollegin Wolff bereits angesprochen – halten wir nicht für akzeptabel. Wir möchten, dass nachwachsende Rohstoffe eine Zukunft haben und sie entsprechend gefördert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Insgesamt muss man sagen: Die Reform der EU, die EU-Osterweiterung und die WTO-Verhandlungen werden dazu führen, dass es – bis auf einen gewissen Sockelbetrag – immer weniger **staatliche Transferleistungen** gibt. Es wird eine stärkere Marktorientierung notwendig sein, und zwar mit Blick auf die europäischen Verbraucher im Binnenmarkt. Das ist Bestandteil der Agrarpolitik der Grünen und wird von der Bundesregierung mit aller Kraft vorangetrieben. Es wird also die Diskussion zu führen sein, mit der Ministerin Künast schon begonnen hat und die die CDU/CSU, die FDP und der Berufsstand nicht zu führen wagten, nämlich die Diskussion um die Durchsetzung der Produktionskosten in den Erzeugerpreisen. Dieser Verantwortung müssen wir uns alle stellen, auch die Wirtschaft und deren Interessenvertretung.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Christel Happach-Kasan. Sie hält heute ebenso wie weitere Redner, die noch folgen werden – ich nenne Thomas Silberhorn und Peter Jahr –, ihre erste Rede in diesem Hause. Ich bitte also um viel Aufmerksamkeit für die neuen Abgeordneten.

Bitte, Frau Kollegin.

(A) **Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die EU wandelt sich, Deutschland hat sich im Laufe der Jahre ebenfalls gewandelt. Die Agenda 2000 sollte die Erweiterung der EU finanziell absichern. Das ist nicht gelungen. Wir werden weitere Reformschritte brauchen, um dies zu erreichen.

Kollegin Wolff hat verschiedene kritische Bemerkungen zu den Legislativvorschlägen von EU-Kommissar Fischler gemacht. Damit liegt sie nicht schlecht. Ich will nur die Stichworte Grünland und nachwachsende Rohstoffe, aber auch die Roggen-Intervention nennen. Wir werden Sie aber danach bewerten, was von diesen kritischen Bemerkungen übrig bleibt, wenn die Regierung nachher darüber beschließt. Das wird die Zielmarke sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wird in Deutschland leicht vergessen, insbesondere in diesem Hause: Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt in ländlichen und halbstädtischen Regionen. Auch wenn diese Regionen nicht mehr ausschließlich durch die Landwirtschaft geprägt sind, so sähe doch das Bild der freien Landschaft in Deutschland ohne Landwirtschaft anders aus.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Ferienländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern verdanken einen Teil ihrer Attraktivität den **ländlichen Strukturen**. Arbeitsplätze in den Handwerksbetrieben und in der Ernährungsindustrie profitieren vom wirtschaftlichen Erfolg der landwirtschaftlichen Betriebe. Erdbeeren kann man das ganze Jahr über aus aller Welt importieren, aber am besten schmecken sie immer noch im Mai, frisch gepflückt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wer wollte da widersprechen?)

Ich will damit deutlich machen: Wir diskutieren hier Vorschläge, die viele Menschen in Deutschland etwas angehen, nicht nur die schwindende Zahl der Bauern. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Vorschläge von EU-Kommissar Fischler prüfen, sie auf ihre Auswirkungen für Deutschland bewerten und die eigenen Interessen definieren.

Die Landwirtschaft versorgt die Menschen mit hochwertigen Nahrungsmitteln; dies war so und dies soll so bleiben. Ihre Dienstleistungen für den Erhalt unserer **Kulturlandschaft** müssen honoriert werden. Weizen kann man verkaufen, Schnitzel ebenfalls. Der Anblick von Kornblumen ist für den Betrachter umsonst, für den Landwirt aber nicht. Das wird häufig vergessen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die FDP hat als erste und einzige Partei die Einführung einer produktunabhängigen Kulturlandschaftsprämie vorgeschlagen. Damit will sie das gegenwärtige hochkomplizierte Prämiensystem abschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen die Direktzahlungen der EU von der Produktion entkoppeln, diese an die Bewirtschaftung der Flächen binden und unter Einbeziehung des Grünlandes die Dienstleistungen der Landwirte für die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft honorieren. So könnte es gelingen, den riesigen bürokratischen Aufwand zu vermindern. (C)

**Arbeitsplätze in der Landwirtschaft** gehören zu den kostenintensivsten. Daher braucht eine unternehmerische Landwirtschaft Planungssicherheit. Die Abstände zwischen den Agrarreformen der EU werden immer kürzer: 1992 MacSharry, 2000 die Agenda 2000 und die nächste Reform folgt in 2007. Die Investition in einen Kuhstall rechnet sich aber erst im Laufe von 30 Jahren. Daran wird deutlich, in welcher Weise ein Landwirt von politischen Entscheidungen abhängig ist und welch großes persönliches Risiko er bei seinen Investitionsentscheidungen auf sich nimmt.

Neben der Planungssicherheit brauchen Landwirte faire Wettbewerbsbedingungen. Auf einem EU-Binnenmarkt führen nationale Sonderwege dazu, die eigene landwirtschaftliche Produktion in die Nachbarländer zu vertreiben. Schon aus arbeitsmarktpolitischen Gründen können wir uns das nicht leisten. Die Politik könnte sich dann für ihr vorbildliches Verhalten zwar an die Brust klopfen, aber die Eier werden aus Tschechien importiert, wo künftig die EU-Standards der Maßstab sind und nicht die deutschen Verordnungen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Auf den ersten Blick scheinen die drei eingebrachten Anträge vor allem Gemeinsamkeiten zu zeigen. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Unterschieden. Ob die gemeinsame Agrarpolitik der EU den Landwirten, wie die CDU das fordert, die Erwirtschaftung eines angemessenen Einkommens ermöglichen wird, hängt ganz entscheidend von den betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen und der Ausbildung der Landwirte ab. Da gibt es keine Garantie. Ich muss in diesem Zusammenhang an den früheren Satz der CDU denken: Wer Bauer sein will, kann es auch bleiben. (D)

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Da müssen Sie aber schon tief in die Kiste greifen, um diesen Satz zu finden!)

– Wir wissen, lieber Kollege Carstensen: Das geht nicht.

Aber auch die FDP tritt dafür ein, dass sich der Strukturwandel nicht weiter beschleunigt, wie dies in den letzten Jahren zu beobachten war.

Rot-Grün fordert möglichst **einheitliche Mindeststandards** in den EU-Mitgliedstaaten. Gut, auch die FDP fordert dies. Doch Rot-Grün weiß, dass die Standards für die landwirtschaftliche Produktion in der EU und insbesondere in Deutschland hoch sind, sonst hätten wir nicht solch hochwertige Lebensmittel. Die konkrete Politik von Rot-Grün zielt doch gerade darauf, für Deutschland Sonderregelungen festzuschreiben, die, ganz im Gegensatz zu den Aussagen im eigenen Antrag, für die landwirtschaftlichen Betriebe zu Wettbewerbsverzerrungen führen würden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



**Dr. Christel Happach-Kasan**

- (A) Die Nennung des Faktors Arbeit als Kriterium zur Prämienberechnung bedeutet, dass der tüchtige, effektiv arbeitende Landwirt durch das Prämiensystem bestraft wird. Das ist leistungsfeindlich. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP)

Geradezu rührend ist im vorliegenden Antrag die Erwähnung der Wanderschaf- und Ziegenhaltung. Das soll dem Antrag wohl Lokalkolorit geben und von rot-grünen Fehlleistungen ablenken.

Es ist schon auffällig, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite: Keiner der bekannten Sprüche ist zu lesen. Sogar der Spruch „Klasse statt Masse“ fehlt. Vielleicht hat Rot-Grün begriffen, dass die Probleme nicht beim frisch geernteten Produkt liegen, sondern in der Weiterverarbeitung. Auch die Agrarwende ist zu Recht in der Versenkung verschwunden. Gut so; denn noch immer gilt: Im Märzen der Bauer, auch wenn er nicht die Rösslein anspannt, sondern sich an den Computer setzt und auf den Trecker steigt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses zu Ihrer ersten Rede.

(Beifall – Abg. der FDP überreichen der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] ein Präsent)

(B)

– Entsprechend dem Thema der Debatte überreichen Ihnen die Kollegen etwas Nahrhaftes und keine Blumen.

Das Wort hat jetzt der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Till Backhaus**, Minister (Mecklenburg-Vorpommern):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Märzen der Bauer die Rösslein anspannt – diese Liedstrophe ist eben genannt worden. Ich habe den Eindruck, dass es hier einen gewissen Grundkonsens gibt. Wir sind uns darüber einig, dass die Landwirte in Deutschland für die Kulturlandschaft in den letzten Jahrzehnten hervorragende Arbeit geleistet haben und diese auch den nächsten Jahrzehnten leisten werden. Im Übrigen gehöre auch ich als Landwirt dazu.

Es ist schön, dass wir, kurz bevor die Vegetation zu sprießen beginnt, im Deutschen Bundestag im Rahmen der Debatte zur Agrarwirtschaft über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft reden. Ich bin der festen Überzeugung, dass die europäische Agrarwirtschaft vor neuen Herausforderungen steht.

Erstens. Der Vollzug der beschlossenen EU-Osterweiterung zum Mai 2004 steht vor der Tür.

- (C) Zweitens. Das Thema Herstellung der WTO-Konformität steht auf der Tagesordnung. Dies muss dringend umgesetzt werden, und zwar möglichst noch in diesem Jahr, damit wir Klarheit in Bezug auf die Rahmenbedingungen bekommen.

Drittens. Ich halte eine stärkere Ausrichtung der Agrarwirtschaft auf marktorientierte Entwicklungen im Innenverhältnis Europas für richtig. Gleichzeitig will die Gemeinschaft – auch das ist zu unterstreichen – natürlich an den Grundfesten der Agrarpolitik und den Reformen festhalten, die eingeleitet worden sind.

Viertens. Die Unterstützung und Stärkung der benachteiligten Gebiete steht mit im Vordergrund. Dabei denke ich an die strukturschwachen Regionen Deutschlands; Mecklenburg-Vorpommern und die ländlichen Räume insgesamt gehören dazu.

Die Gemeinschaft will aber auch – das ist zu unterstreichen – den bereits begonnen vernünftigen Weg, nämlich zu konsolidieren, weitergehen. Das betrifft insbesondere Bereiche wie die Nachhaltigkeit oder die Umwelt, die Verbraucherschutzproblematik – das ist zurzeit vor allem mit Blick nach Thüringen ein sehr aktuelles Thema – und natürlich auch den Tierschutz, der in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit sehr stark an Bedeutung gewonnen hat.

Das heißt, wir brauchen strategische Veränderungen; diese sind unerlässlich. Ich glaube auch, dass wir gemeinsam einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen den Landwirten und der Gesellschaft entwickeln müssen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sehr richtig!) (D)

Ich darf Sie ausdrücklich daran erinnern, dass sich an den Zielen einer gemeinsamen Agrarpolitik in Europa nichts geändert hat.

Schauen wir uns den Art. 33 des EG-Vertrages oder das Landwirtschaftsgesetz an. Dort geht es darum, die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume zu fördern sowie die Einkommen innerhalb der Landwirtschaft zu entwickeln und sie nicht von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abzukoppeln. Leider hat es hier in den letzten Jahren ein Auseinanderdriften gegeben.

Es ist klar, dass eine **Agrarreform** wohl überlegt und sozial ausgewogen sein sowie zukunftsfähig und nachhaltig ausgerichtet werden muss. Die Entwicklungen zeigen aber auch, dass es höchste Zeit für einen neuen Vertrag zwischen der Gesellschaft und der Landwirtschaft ist. Es kann und darf nicht alles so bleiben, wie es ist. Das sage ich ganz klar auch an die Adresse der CDU/CSU. Wer glaubt, er könne bei diesem Thema auf dem gegebenen Stand verharren, der wird irgendwann ad absurdum geführt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher begrüße ich die Vorschläge von Herrn Fischler ausdrücklich.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Sie begrüßen sie ausdrücklich!)

**Minister Dr. Till Backhaus (Mecklenburg-Vorpommern)**

- (A) Aus meiner Sicht stellen sie einen grundsätzlich richtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Bei dem, was Sie da sagen, graust es der Sau!)

– Ich gehe davon aus, dass das ein Ihrer Partei nahe stehender Parteifreund ist. Ich weiß gar nicht, warum es hier einen Widerspruch gibt.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Jetzt wird es ja interessant. – Ich begrüße ebenfalls ausdrücklich, dass wir hierfür in Kopenhagen die grundsätzlichen finanziellen Rahmenbedingungen gesetzt haben und dass damit Planungs Klarheit herrscht. Nun geht es um die Ausgestaltung.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Jawohl!)

Ich will hier nicht nur Kritik vortragen, sondern vor allen Dingen alternative Vorschläge unterbreiten. Frau Bundesministerin, dies tue ich im Übrigen auch im Wissen, dass wir mit pfiffigen und guten neuen Ideen gemeinsam an der Front kämpfen werden, um dies in Brüssel mit Engagement und Vehemenz zu vertreten. Ich halte es an dieser Stelle auch für richtig, Ihnen, Frau Bundesministerin, sehr dafür zu danken, dass Sie die Streichung der Kappung der Ausgleichszahlungen aus diesem Papier erreicht haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme nun zur Entkoppelung der Ausgleichszahlungen von der Produktion. In Anbetracht der WTO-Verhandlungen gibt es gar keine andere Alternative. Ich begrüße sie unter der Voraussetzung, dass die Verlagerung der Zahlungsansprüche von dem Produzenten auf den aktiven – das betone ich – **Bewirtschafter der Fläche** erfolgen wird. Der aktive Landwirt muss im Vordergrund stehen.

In Europa ist die Sicherstellung der Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln zur Selbstverständlichkeit geworden. Wenn überhaupt, dann stehen vor allen Dingen Fragen der Herkunft, der Qualität und des Preis-Leistungs-Verhältnisses der Produktion im Vordergrund. Sollte man die landwirtschaftliche Produktion nicht schrittweise stärker den Kräften des **Marktes** überlassen, wie dies bei anderen Erzeugnissen auch geschieht? Wäre das nicht richtig? Das böte vielen Landwirten – gerade auch in den neuen Bundesländern – eine Entwicklungsperspektive. Selbstverständlich wäre das mit höheren Risiken verbunden. Ich darf meine Kollegin aus Bayern ansprechen: Gerade für kleine strukturierte Betriebe, aber auch für größere Unternehmen wäre das mit höheren Risiken verbunden.

Eine halbe Marktwirtschaft gibt es eben nicht und eine halbe soziale Marktwirtschaft erst recht nicht. Wenn die Gesellschaft auch künftig noch Ausgleichszahlungen an die Landwirte akzeptieren soll – diese haben in der Gemeinschaft immerhin eine Größenordnung von 42,5 Milliarden Euro –, dann müssen die Land-, Forst- und Fischwirte eine Kulturlandschaftspflege und damit die Entwicklung auf hohem Niveau, Beschäftigung – das betone ich ausdrücklich – und natürlich auch eine Wert-

schöpfung im ländlichen Raum sichern. Dies tun sie wie kaum jemand anderes. Dafür bedanke ich mich bei den Landwirten in Deutschland ausdrücklich. (C)

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das meine ich im Prinzip mit einem neuen Gesellschaftsvertrag. Daher ist die Umstellung von **Ausgleichszahlungen**, sodass sie einen Flächenbezug haben, auch gesellschaftspolitisch absolut richtig.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Jawohl!)

Vernünftigerweise sollte der Gesellschaft jeder Hektar – das betone ich – gleich viel wert sein. Für jeden Hektar, den man bewirtschaftet, sollte man also eine ähnliche Prämie erhalten. Deswegen meine ich, dass das von der Kommission vorgeschlagene Betriebsprämienmodell diesem Ansatz nicht gerecht wird; das möchte ich ausdrücklich betonen. Es würde teilweise fragwürdige historische Ansprüche zementieren. Ich befürworte stattdessen eine einheitliche Flächenprämie je Hektar in ganz Deutschland, zumindest aber auf der Ebene der Bundesländer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Um Mitnahmeeffekte zu minimieren und gleichzeitig mögliche Beschäftigungsprobleme abzumildern, schlage ich vor, die Höhe der künftigen Prämien an die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu koppeln. Ich könnte mir für Deutschland – das habe ich mit Herrn Fischler diskutiert – einen Höchstbetrag von bis zu 30 000 Euro je Arbeitskraft vorstellen. Das wäre eine Begrenzung, die sich nicht an der Betriebsgröße oder der Struktur orientiert, sondern am Beitrag des Unternehmens zur Sicherung von Beschäftigung im ländlichen Raum. Ist das nicht ein vernünftiger Ansatz? (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zusammenfassung aller Prämien zu einer **einheitlichen Prämie** je Hektar kann im Übrigen auch dazu beitragen, bürokratische Belastungen abzubauen. Das wollen wir doch alle. Übertragungsregelungen ohne feste Bindung an die Fläche lehne ich jedoch ab. Wo das hinführen kann, haben wir im Zusammenhang mit der Milchquotenproblematik gesehen. Wollen wir denn wieder neue Sofamelker oder Sofalandwirte produzieren? Ich möchte das nicht.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Dann können Sie das doch nicht begrüßen!)

Deswegen muss man sich ganz klar auf den aktiven Bewirtschafter konzentrieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Kommission schlägt vor, die Roggen-Intervention übergangslos zu beenden. Das würde weite Teile der deutschen Landwirtschaft, insbesondere in den neuen Bundesländern und auf den ertragsschwachen Standorten, unvermittelt und wegen fehlender Alternativen besonders hart treffen. Ich denke dabei an ein Stufenmodell. Außer-

**Minister Dr. Till Backhaus (Mecklenburg-Vorpommern)**

- (A) dem sind Kompensationsmaßnahmen in Richtung der nachwachsenden Rohstoffe dringend notwendig.

Die angestrebte Marktorientierung stellt die obligatorische Flächenstilllegung grundsätzlich infrage. Ich schlage vor, an der Flächenstilllegung nur als vorsorglichem Steuerinstrument bei Marktturbulenzen festzuhalten. Hierfür wäre ein variabler Satz geeignet, der möglichst nahe bei null liegen sollte. Das ist aus ökologischen Gründen sinnvoll und richtig.

Zu den Marktordnungsmaßnahmen Milch. Die Vorschläge zur **Milchmarktordnung** sind aus der Sicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern alles andere als ausgewogen; das sage ich ausdrücklich.

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Keinesfalls können wir der Aufstockung der Quote um weitere 2 Prozent zustimmen; denn wir müssen die wirtschaftliche Dimension beachten. Deutschland produziert ein Viertel der europäischen Milch und trägt bei der Veredlung von Milchprodukten den Löwenanteil. Jährlich verarbeiten unsere Unternehmen mit immerhin 38 000 Beschäftigten bis zu 27 Milliarden Kilogramm Milch. Daran hängen auch 120 000 deutsche Milchviehbetriebe. Dahinter verbirgt sich ein Markt von etwa 20 Milliarden Euro.

Wir schlagen vor, dass wir in einer Übergangszeit – ähnlich wie es dargestellt worden ist – die Quote endgültig abschaffen und ein mengengesteuertes System über die Molkerei bzw. über die Superabgabe als Steuerungsinstrument ab dem Jahre 2015 entwickeln. Ich denke, dass dieser Vorschlag einen flexiblen und gleitenden Weg aufzeigt.

- (B) Zur **Modulation**. Das von der Kommission vorgeschlagene degressive Modulationsmodell der entkoppelten Beihilfen und das Splitting der Betriebe lehne ich ausdrücklich ab. Den Vorzug sollte ein lineares Modell bekommen, das einheitliche Kürzungssätze für alle Betriebe in Europa vorsieht. Auf dem Grundsatz dessen, was ich vorgelegt habe, ist das gerecht. Nach dem Kommissionsmodell würde der durchschnittliche Modulationsatz in Mecklenburg-Vorpommern 2013 bei 17 Prozent liegen. Dies können wir nicht hinnehmen. Das ist eine Diskriminierung unserer Betriebsstruktur.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Ihr habt doch national selbst zugestimmt!)

Wir wollen eine Stärkung der ländlichen Räume, um auch dafür eine Lösung zu finden.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage? Ihre Redezeit wird währenddessen angehalten.

**Dr. Till Backhaus**, Minister (Mecklenburg-Vorpommern):

Ja, gerne.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das gibt es nur im Bundestag, dass man die Zeit anhalten kann.

**Norbert Schindler (CDU/CSU):**

(C)

Herr Minister Backhaus, ich bin schon irritiert. Sie begrüßen grundsätzlich Fischlers Vorschläge. Jetzt kommen Sie mit 25 Abers – von der Modulation bis zur Abschaffung der Obergrenze bei den Betrieben. Die Degression ist ja in den Vorschlägen noch enthalten. Wenn Sie jetzt sagen, dass Sie für die Abschaffung der Quote sind, muss ich mich schon fragen: Wie wollen Sie den Standort Deutschland bei der Agrarproduktion in Europa halten, wenn Sie nicht einen gewissen Schutz für unsere Bauern vorsehen?

Sie begrüßen grundsätzlich auch die Vorschläge von Herrn Fischler, die bedeuten, dass die Getreidebauern auf die Straße gehen müssten, weil ihnen die umverteilten Mittel bei Milch und Zucker genommen würden. Das ist doch die Wahrheit; das ist in diesen Vorschlägen enthalten. Weil Sie sagen, dass Sie die Vorschläge grundsätzlich begrüßen, frage ich Sie: Sind Sie dieser Auffassung?

**Dr. Till Backhaus**, Minister (Mecklenburg-Vorpommern):

Ich habe gerade versucht, die Grundsätze meiner Politik in Mecklenburg-Vorpommern darzustellen. Daran werden Sie erkannt haben, dass wir – ich beziehe mich noch einmal auf die Milchquotenproblematik – einen gleitenden Ausstieg aus der **Milchquote** wollen. Im Übrigen dürfte es Ihrer Aufmerksamkeit ja nicht entgangen sein, dass die Beschlusslage im Agrarrat eindeutig ist und der Ausstieg aus der Quote im Jahre 2008 umgesetzt werden soll. Meine Damen und Herren, das ist Beschlusslage,

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Bitte? Das war es schon mal!)

(D)

allerdings mit der Einschränkung, dass die Vorgehensweise in der Halbzeit überprüft werden soll. Deswegen sage ich: Wir wollen bis zum Jahr 2015 einen gleitenden Prozess des Ausstieges aus dieser Quote.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Einen gleitenden Ausstieg? So etwas!)

Dann wollen wir ein mengengesteuertes System über die Molkereiwirtschaft bzw. ein Modell, das als Instrument der Steuerung über die Superabgabe umgesetzt wird.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Wissen Sie, wovon Sie da reden?)

– Sie können mir abnehmen, dass ich mich mit der Wende sehr intensiv damit befasst habe, was im Bereich der Quotenregelung seit 1984 in Deutschland – damals stellte die CDU/CSU den Landwirtschaftsminister – passiert ist. Ich meine, dass man die Landwirte damit zum Teil in den Ruin getrieben hat. Jetzt wollen Sie ein Modell entwickeln, das diese Märkte stabilisieren soll. Das, was Sie hier versuchen, ist doch unredlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Herr Schindler, setzen!)

Ich will abschließend noch etwas zu der Modulation auf nationaler Ebene sagen. Jawohl, ich habe mich für die Modulation stark gemacht und den Kompromiss in entscheidenden Teilen mit ausgehandelt. Auch habe ich mich



**Minister Dr. Till Backhaus (Mecklenburg-Vorpommern)**

- (A) lange Zeit dafür ausgesprochen. Trotzdem bitte ich dieses Hohe Haus, sowohl aufgrund der Einkommenssituation im Agrarbereich, die ja ernst ist, als auch im Zusammenhang mit der Diskussion über die Reform der Agrarpolitik zu überdenken, ob die Modulation im nationalen Rahmen nicht zunächst für ein Jahr ausgesetzt werden kann, damit wir genau prüfen können, ob das zu der Vorstellung von Franz Fischler kompatibel ist. Denn nichts wäre schlimmer, als wenn wir nachher in Europa oder in Deutschland zwei Modelle hätten, die nicht zueinander kompatibel wären.

Auch ich sehe – damit komme ich zum Schluss – das Ziel der Reform darin, alles für die weitere Stärkung der ländlichen Räume zu tun. Aber vor dem Hintergrund des Modells, das vorgelegt wurde, sehe ich nicht, dass wir in Deutschland in diesem Bereich viel Geld aus Brüssel bekommen werden. Allein für Mecklenburg-Vorpommern würde dies bedeuten, dass von den Preisausgleichszahlungen in Höhe von 450 Millionen Euro, die unsere Landwirte in den ländlichen Räumen bekommen, etwa 130 Millionen Euro quasi in den Kassen Brüssels versinken und im Wesentlichen nicht zurückfließen würden. Dies können wir nicht verantworten. Deswegen fordere ich Sie auf, unseren Antrag, der in Kürze im Bundesrat vorliegen und über den dort diskutiert werden wird, gemeinsam zu unterstützen und uns zu helfen, damit es in Deutschland eine Zukunft für die Landwirtschaft geben kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(B)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Peter Bleser.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Peter Bleser (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die EU-Kommission hat eine neue Agrarreform vorgelegt und damit ihren ursprünglichen Plan einer Halbzeitbewertung der bis 2006 angelegten Agenda 2000 aufgegeben. Kommissar Fischler möchte damit eine wettbewerbsfähige, umwelt- und tiergerechte, sozialverträgliche Landwirtschaft in allen Teilen der EU anstreben. Das ist gut und richtig. Was er vorgelegt hat, ist aber das genaue Gegenteil.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die auf über 160 eng bedruckten Seiten aufgeführten Vorschläge

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/  
CSU]: Für Brillenträger kaum zu lesen!)

sind ein Vorstoß in eine neue Dimension staatlicher Bevormundung, eine Verschwendung von Steuermitteln und ein bürokratischer Exzess, der seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die wenigen guten Lösungsansätze werden – ich behaupte: bewusst – durch Umsetzungsmodalitäten in ihr

Gegenteil verkehrt. Die Bundesregierung gehört zu einer Minderheit von vier Staaten, die dieses bürokratische Monstrum auch noch grundsätzlich begrüßt haben, Frau Künast. Alle anderen Länder, darunter auch Frankreich, lehnen diese Vorschläge zum Teil grundsätzlich ab. (C)

Ich werfe Ihnen vor, Frau Künast, dass Sie sich mit Ihrer Unterstützung Fischlers zur Helfershelferin eines Vertragsbrüchigen machen.

(Zustimmung der Abg. Gerda Hasselfeldt  
[CDU/CSU])

Ich will das auch begründen.

Erstens. Eine nachhaltige Landwirtschaft braucht lange **Planungsräume**. Die geplante Aufkündigung der sicherlich verbesserungswürdigen Agenda 2000 bedeutet nach Berechnungen des Deutschen Bauernverbandes für die deutsche Landwirtschaft schon im nächsten Jahr Einkommensverluste in Höhe von 568 Millionen Euro. Die Bauern und die Betriebe der Ernährungswirtschaft haben keine Chance, sich binnen eines Jahres auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen. Damit verlieren viele Bäuerinnen und Bauern ihre Existenz und noch mehr Arbeitnehmer im vor- und nachgelagerten Bereich ihren Arbeitsplatz – und das in der derzeitigen Situation.

(Zuruf von der SPD: Das sagt der Bauern-  
verband!)

Zweitens. Ihr Verhalten gegenüber den zehn Beitrittsstaaten ist nicht fair, Frau Künast. Zwar sitzen diese zehn Länder ab Mai mit am Verhandlungstisch, sie haben aber kein Stimmrecht. Allein deswegen ist die Glaubwürdigkeit der **Laufzeit** einer vorgezogenen **Agrarreform** bis 2012 jedenfalls meiner Meinung nach infrage gestellt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drittens. Sie haben bis heute keine Berechnungen über die möglichen **Auswirkungen auf die deutschen Landwirte** vorgelegt, Frau Künast. Bayern und Sachsen-Anhalt haben das innerhalb weniger Tage geschafft.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand]  
[CDU/CSU]: So ist es!)

Sie kommen zu verheerenden Ergebnissen. Insbesondere die Milchwirtschaft und der damit zusammenhängende Erhalt des Grünlandes – und zwar vor allem in den Mittelgebirgslagen – ist ein ernstes Problem. Sie sollten eigentlich wissen, Frau Künast: Wo die Milch wegfließt, verschwindet das Grünland und dann stirbt auch der Wiesenbrüter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie von der Koalition tappen im Dunkeln und haben – wenn man Ihr Fernziel eines Anteils der Ökolandwirtschaft von 20 Prozent außer Acht lässt – noch nicht einmal eine Vorstellung von einer zukünftigen Landwirtschaft. Für 97 Prozent der Landwirte haben Sie kein Konzept, kein Ziel und keine Vision. Auch agrarpolitisch sieht sich diese Bundesregierung damit in Europa in die Ecke gestellt. Es ist eben kein Lob für Sie, Frau Künast, wenn die Hoffnungen der deutschen Bauern auf der



**Peter Bleser**

- (A) französischen Regierung und dem französischen Staatspräsidenten Chirac liegen.

Worum geht es also? Was die Kommission jetzt vorgeschlagen hat, ist auch ein Angebot an die WTO. Die Generallinie lautet: **Absenkung der Preisstützung**, um die Nahrungsmittelpreise auf Weltmarktniveau zu bringen. Dazu muss man wissen, dass weder in den USA noch anderswo die Preise, insbesondere für **Getreide**, in den letzten Jahren kostendeckend waren. Nicht viele wissen, dass die Vereinigten Staaten 2001 pro Vollerwerbslandwirt Subventionen in Höhe von 22 000 Euro geleistet haben. Dagegen war die EU mit 17 000 Euro pro Vollerwerbslandwirt noch sparsam.

Hüben wie drüben versucht man mit wechselseitigen Forderungen bei der WTO-Konferenz Marktanteile durch externe und interne Stützungsmaßnahmen zu halten. Fischlers Angebote allerdings sind von der WTO kassiert und mit zusätzlichen Forderungen beantwortet worden. So jedenfalls ist der jüngste Vorstoß des Vorsitzenden des Agrarkomitees der WTO, Harbinson, zu werten.

Es ist deshalb dringend erforderlich, Frau Ministerin, dass Sie mit den Vereinigten Staaten einen Interessenausgleich finden. Ob Sie allerdings in der derzeitigen Situation dort einen Termin bekommen, wage ich zu bezweifeln.

Zurück zu den Vorschlägen Fischlers: Der Getreidepreis soll gesenkt und 50 Prozent des dadurch entstehenden Einkommensausfalls sollen ausgeglichen werden. Viel schlimmer ist es noch bei der Milch. Der **Milchpreis** soll innerhalb von fünf Jahren um bis zu 25 Prozent fallen. Dafür sollen den Landwirten 4,1 Cent pro Liter aus Steuermitteln überwiesen werden. Wer aber meint, dass diese Preissenkungen beim Verbraucher ankommen, der irrt sich gewaltig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Preissenkung bei Getreide – die Preise sind in den letzten Jahren fast um die Hälfte gesunken – hat nicht dazu geführt, dass Brot und Brötchen billiger wurden. Das genaue Gegenteil ist der Fall. So wird es auch bei den Milchprodukten sein.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sind teurer geworden!)

Jetzt wird es kompliziert: Alle für einen Betrieb gezahlten Subventionen sollen auf der Basis verschiedener Berechnungsgrundlagen addiert werden und dann unabhängig davon, ob ein Landwirt produziert oder nicht, als so genannte **Betriebsprämie** bezahlt werden. So etwas nennt man Entkoppelung. Damit ist auch der Begriff des Hängemattenbauern in der Welt. Die Prämienrechte, die zudem handelbar sein sollen, sollen über einen bestimmten Zeitraum bis zu 19 Prozent gekürzt und umverteilt werden. Das heißt nichts anderes, als dass sie aus Deutschland wegfließen.

Das war noch nachvollziehbar, jetzt kommt aber der Joker: Derjenige, der diese Prämie haben will, muss 38 EU-Vorschriften beachten, sonst gibt es Abzüge. Allein die Titel dieser 38 Vorschriften füllen zwei DIN-A4-Seiten. Damit aber nicht genug: Jetzt hat Herr Fischler

vorgeschlagen, dass Betriebe ab 15 000 Euro Direktzahlung eine Zwangsberatung erhalten sollen. (C)

(Matthias Weisheit [SPD]: Da kann man mal sehen, was sich Konservative einfallen lassen!)

Damit machen Sie – Sie haben das durch die Begrüßung der Vorschriften unterstützt – die deutschen und europäischen Bauern zu ferngesteuerten Zettelwirten. Das lassen wir uns nicht gefallen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Position ist klar: Erstens. Wir fordern, dass die Agenda 2000 bis zum Jahr 2006 läuft, wobei Verbesserungen am Milchmarkt nötig sind, und sie als Grundlage für die WTO-Verhandlungen angesehen wird.

Zweitens. Wir halten an Mengenregulierungen zur Stabilisierung der Märkte, insbesondere bei Milch und Zucker, fest.

Drittens. Eine totale Entkopplung von Ausgleichszahlungen lehnen wir ab. Wir legen unbedingten Wert darauf, dass nur wirtschaftende Betriebe für erbrachte Leistungen entlohnt werden. Dabei können wir uns auch ein dreistufiges Modell von Grund-, Zusatz- und Sonderprämien für gesamtgesellschaftliche Leistungen vorstellen. Eine Degression der Entlohnung lehnen wir ebenfalls ab.

Viertens. Eine Zwangsberatung landwirtschaftlicher Betriebe halten wir genauso wenig für zielführend wie die Sanktionierung von Verstößen gegen geltendes Recht durch Prämienentzug. Eine solche Sanktionierung ist Aufgabe der Rechtsprechung. (D)

Fünftens. Wir treten für eine stärkere Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen für nachwachsende Rohstoffe ein. Dazu gehört auch der Anbau auf Stilllegungsflächen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: So ist das! Kein Wort dazu!)

Die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung ist in jedem Fall günstiger und hat eine höhere Wertschöpfung als zum Beispiel die Windenergie.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

**Peter Bleser (CDU/CSU):**

Ich will mit einem Appell schließen. Ich möchte Sie herzlich bitten, dafür zu kämpfen, dass wir auch in Zukunft eine breite Verteilung von Grund und Boden haben, unsere Kulturlandschaft erhalten, unsere Vorstellungen vom Tierschutz Bestand haben und die Menschen in der Agrarwirtschaft auch in der EU 25 und nach WTO II noch eine Perspektive haben.

Ich fordere die Bundesregierung auf, in Anbetracht der beißenden Kritik aller Fachleute ihre grundsätzliche Zustimmung zu dieser Reform zurückzunehmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Reinhold Hemker.

**Reinhold Hemker (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist klar geworden: Die heutige Debatte beschäftigt sich mit Vorschlägen – nicht mit endgültigen Entscheidungen –, die Teil eines Prozesses sind, der weltweite Auswirkungen hat und von weltweiten Entwicklungen beeinflusst wird. Das heißt, ohne einer Debatte zu den Welthandelskonferenzen vorgreifen zu wollen, wir beschäftigen uns hier mit einem Bereich, in dem es um die Schaffung und Weiterentwicklung von Strukturen und letztlich auch um die Entwicklung und um den Frieden in der Welt geht. Das gilt insbesondere, wenn man auf die EU-Osterweiterung schaut.

Ich sage heute: Ich möchte es noch erleben, dass jene Länder des Balkans Mitglieder in der Europäischen Union werden, in denen noch vor einigen Jahren Bürgerkrieg herrschte und in denen jetzt auf der Basis des Ausbaus der Agrar- und Ernährungswirtschaft wieder für innere Sicherheit und Frieden gesorgt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, dass der Globalisierungsprozess von engagierten Christen und von den Kirchen mit Aussagen zum so genannten konziliaren Prozess begleitet wird. Es werden Leitorientierungen genannt, an die wir denken müssen, wann immer wir über Reformen im Agrarbereich sprechen: **Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung**. Mittlerweile enthalten nicht nur die Präambeln in den Programmen derjenigen Parteien, die sich christlich nennen, diese Begriffe. Das ist – um es auf eine kurze Formel zu bringen – eine theologisch-sozialethische Beschreibung der drei Kennzeichen des global zu verankernden Nachhaltigkeitsprozesses, wie er auf der Weltkonferenz für Entwicklung und Umwelt 1992 als ausgewogener Dreiklang festgelegt wurde. Die damals freiwillig abgeschlossenen verpflichtenden Vereinbarungen sind für uns eine grundlegende Orientierung. Das muss auch so bleiben, wenn wir uns in die Reformbemühungen sowohl auf der Welt- als auch auf der Europalebene einschalten.

Beim EU-Agrarreformprozess stoßen wir immer wieder auf die Grundlagen dessen, was wir mit langfristiger Tragfähigkeit bezeichnen: für die Bearbeitung von Grund und Boden, das Pflanzen und Säen, die Verarbeitung der Produkte und das Handeln mit ihnen. Dabei geht es – das ist das Entscheidende – um die Sicherung, die Schaffung und die Weiterentwicklung der **ökonomischen Grundlagen**, und zwar nicht nur in der jetzigen, sondern auch in der erweiterten EU. Das gilt auch für Deutschland mit seinen vielen landwirtschaftlichen Betrieben. Es geht des Weiteren um die **ökologische Qualifizierung** – das wird immer wieder vergessen, wenn wir über Reformprozesse politisch diskutieren – als Beitrag der Agrar- und Ernährungswirtschaft für den Erhalt einer Erde mit einer Umwelt, die lebenserhaltend sein muss. Es geht nicht zuletzt – das fordert die **sozialen Dimensionen** heraus –

auch um Ausgleichsgerechtigkeit, und zwar global, regional, national und lokal. (C)

Genau vor diesem Hintergrund sind die Vorschläge der Kommission zu bewerten, und zwar – dazu hat Minister Backhaus ja bereits das Wichtige und das Richtige gesagt – auch unter Berücksichtigung der Interessen derjenigen, deren Betriebe mit den jeweiligen Produktionsschwerpunkten betroffen sind. Ausgleich ist also weiterhin wichtig. Aber klar muss sein – das ist die Position der Bundesregierung und der Europäischen Kommission –: Einen wie auch immer gearteten Ausgleich, der indirekt oder direkt der Entwicklung in anderen Ländern entgegensteht – das gilt insbesondere für die ärmeren Länder; darüber werden wir in einigen Wochen oder Monaten im Zusammenhang mit der WTO-Debatte noch ausführlich reden –, wollen wir nicht. Deswegen verweisen wir im Koalitionsantrag darauf, dass „mit der Agenda 2000 zwar eine tragfähige Grundlage für die Erweiterung und die WTO-Verhandlungen geschaffen wurde, dennoch in vielen Bereichen Handlungsbedarf“ besteht.

Wir haben – das habe ich schon mit meiner Eingangsbemerkung deutlich gemacht – keine fertigen Beschlüsse. Wir befinden uns vielmehr in einem Reformprozess, über den wir parlamentarisch mitberaten und zu dem wir Empfehlungen an die Regierung aussprechen. Das gilt natürlich auch für diejenigen Vorschläge, die nach den Berichten des Agrarrats im Fachausschuss vorgelegt werden – ich bin auf die Diskussionen sehr gespannt –, sowie für die Vorschläge aus dem Modalitätenkatalog, lieber Peter Bleser – das sage ich auch an die Adresse der anderen Redner –, den der Vorsitzende des WTO-Agrarausschusses, Harbinson, vorgelegt hat. Wir werden während der Debatte über die WTO-Verhandlungen auch darüber reden. (D)

Ich erkläre für unsere Fraktion: Der Agrarreformprozess geht in die richtige Richtung, und zwar nicht nur aus umwelt- und entwicklungspolitischen Gründen, sondern auch, weil er viele neue Möglichkeiten für die Betriebe in Deutschland und in der Europäischen Union aufzeigt. Ein Beispiel hat Peter Bleser vorhin erwähnt. Dieses Beispiel zeigt Möglichkeiten dafür auf, dass – ich zitiere aus unserem Antrag – „der Ausbau der stofflichen und energetischen Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe vorangetrieben wird und der Anbau nach wie vor eine attraktive Einkommensalternative bleibt“.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Ansatz muss weiterhin verfolgt werden.

Peter Bleser, ich bin froh, dass du gesagt hast: **Nachwachsende Rohstoffe** müssen natürlich auch auf Stilllegungsflächen angebaut werden können. Ich gehe davon aus, dass gerade dieser Bereich in der Zukunft eine Erfolgsstory sein wird.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Warum schreibt ihr das dann nicht in den Antrag? Warum redet ihr drum herum?)

– Nun einmal langsam, Harry. In diesem Antrag sind einzelne Punkte erwähnt. Wir können darin nicht ein ganzes Programm festhalten. Im Übrigen ist durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gerade dieser Bereich weiterent-

**Reinhold Hemker**

- (A) wickelt worden. Dafür ist diese Regierung verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich verweise in diesem Zusammenhang noch auf etwas anderes. In Deutschland werden zur Verwertung nachwachsender Rohstoffe mittlerweile die besten Anlagen der Welt gebaut. Sie sind – das kann man schon heute sagen – ein Exportschlager. Ich gehe davon aus, dass die Weiterentwicklung dieses gesamten Bereiches große Chancen bietet. Das gilt im Übrigen auch für diejenigen Länder, denen wir uns insbesondere im Rahmen der Debatte über die WTO-Verhandlungen zuwenden werden. Viele der ärmeren Länder dieser Welt, insbesondere die ganz armen, haben eigentlich nur deswegen eine Chance, nachwachsende Rohstoffe zu verarbeiten, weil sie andere Rohstoffe gar nicht haben – und das nicht nur für die energetische Nutzung. Von daher ist der EU-Agrarreformprozess Teil eines globalen Veränderungsprozesses.

Meine Fraktion und unser Koalitionspartner wünschen uns, dass die Verhandlungen in Europa und auf der WTO-Ebene das alles auch weiterhin berücksichtigen. Es sind zwar auch die Eigeninteressen einzubringen, aber es ist jeweils zu bedenken, dass der Gleichklang von Ökologie, Ökonomie und sozialer Orientierung nur gelingen kann, wenn es bei den entsprechenden internationalen Verhandlungen, die nach der Rio-Konferenz stattfinden, Fortschritte gibt. Frau Ministerin, in diesem Sinne wünsche ich der Regierung bei diesen Verhandlungen alles Gute und ein gutes Vorankommen.

- (B) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Thomas Silberhorn.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thomas Silberhorn (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Unsere Agrarpolitik ist darauf ausgerichtet, eine flächendeckende Bewirtschaftung unserer Kulturlandschaft sicherzustellen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte zu erhalten. Beide Ziele sind mit dem Vorschlag der EU-Kommission zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nicht zu erreichen. Lassen Sie mich das anhand der vorgesehenen Entkopplung der Direktzahlungen und der Reform der Milchmarktordnung darlegen.

Die **Entkopplung der Direktzahlungen** von der Produktion ist als solche noch nicht problematisch. Entscheidend ist, woran angekoppelt wird. Genau das ist der Punkt, an dem der Vorschlag der Kommission, nämlich die Direktzahlungen künftig an die Betriebe zu binden, aus meiner Sicht unannehmbar ist, weil er zu krassen Ungerechtigkeiten führen würde:

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn nämlich betriebsbezogene Prämien nach dem bisherigen Prämienvolumen in einem bestimmten Referenzzeitraum bemessen werden sollen, dann bedeutet das im Ergebnis eine Festschreibung der bisherigen Betriebsstrukturen. Dadurch werden wir nur neue Wettbewerbsverzerrungen erleben. Was wir stattdessen brauchen, ist Chancengleichheit im Binnenmarkt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerade die kleinen Betriebe werden mit Betriebsprämien jede Chance einer Weiterentwicklung verlieren und letztlich leichter aus dem Markt gedrängt werden können. Dieses Modell ist ein Existenzvernichtungsprogramm für bäuerliche Familienbetriebe. Das ist mit uns nicht zu machen!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es sind die vielen Familienbetriebe, die bei uns noch eine **flächendeckende Bewirtschaftung** gewährleisten. Das prägt nicht nur unsere Kulturlandschaft, sondern das sichert auch die Zukunft unserer ländlichen Räume. Wer dagegen betriebsbezogene Prämien einführen will, verabschiedet sich von dem Ziel einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Das werden wir nicht hinnehmen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben einen Alternativvorschlag auf den Tisch gelegt, nämlich den Vorschlag, eine **flächenbezogene Grundprämie** ergänzt um eine nutzungsbezogene Zusatzprämie einzuführen. Ich füge persönlich hinzu: Wir müssen darüber hinaus die Prämien ausdifferenzieren, und zwar nach der Wirtschaftskraft der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Es kann doch nicht länger angehen, dass wir in der gesamten Europäischen Union einheitliche Prämien zahlen, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse völlig verschieden sind und die Disparitäten mit der Osterweiterung sogar noch zunehmen werden. Deshalb ist es an der Zeit, meine ich, das regional unterschiedliche Wohlstandsniveau bei der Bemessung der Direktzahlungen zu berücksichtigen. Dann müssen eben für einen Landwirt in Deutschland ein paar Euro mehr drin sein als für seine Kollegen aus Portugal oder Irland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich schließlich noch kurz auf den Vorschlag zur **Reform des Milchmarktes** eingehen – ein besonders trauriges Kapitel der Kahlschlagpolitik der Kommission. Es liegt auf der Hand, dass die Preise ins Bodenlose fallen müssen, wenn die Milchquote erhöht werden soll und gleichzeitig die Stützpreise für Butter und Magermilchpulver drastisch gesenkt werden sollen. Die Folge werden nicht nur dramatische Einkommenseinbußen sein, sondern auch ein Höfesterben, vor allem an den ohnehin benachteiligten Grünlandstandorten, und wiederum der Ausstieg aus der flächendeckenden Bewirtschaftung. Sie, Frau Landwirtschaftsministerin, werden sich deshalb daran messen lassen müssen, ob Sie die Verwirklichung dieser verheerenden Vorschläge verhindern können.

Wie wir dem Antrag Ihrer Fraktion, der heute vorliegt, entnehmen können, fällt Ihnen dazu bislang offenbar nicht viel mehr ein als das, dass man für den Bereich Milch frühzeitig zu Entscheidungen kommen müsse.



**Thomas Silberhorn**

- (A) Dazu kann ich nur sagen: Es wird höchste Zeit, Frau Künast, dass Sie endlich zu Entscheidungen kommen, bevor hier nicht nur die Milch sauer wird. Beziehen Sie endlich Position, namentlich zur Verlängerung der Milchquotenregelung. Und tun Sie endlich, was Ihre Aufgabe ist, nämlich die Interessen unserer Landwirte im Ministerrat und gegenüber der Kommission zu vertreten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Auch im Namen des Hauses Gratulation zur ersten Rede.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt die Frau Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Renate Künast.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

**Renate Künast**, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stehen jetzt vor einem Jahr großer Entscheidungen für die europäische Landwirtschaft, für unsere ländlichen Räume und für unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir haben gestern im Agrarministerrat erstmals den Entwurf eines Modalitätenpapiers von WTO-Verhandlungsführer Harbinson diskutiert, ein Papier, das, wenn es umgesetzt würde, weitreichende Konsequenzen für die Bäuerinnen und Bauern in Europa hätte. Wir haben außerdem zum zweiten Mal eine Aussprache zum Thema „Halbzeitbilanz der Agenda 2000“ geführt, die in diesem Sommer und parallel zu den WTO-Gesprächen in trockenen Tüchern sein soll. Wir haben die anstehende EU-Osterweiterung im nächsten Jahr vor uns – das wirft Licht und Schatten voraus –, bei der dann zehn zum Teil sehr agrarisch geprägte Mitgliedstaaten dazukommen und integriert werden müssen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich jetzt gar nicht die Frage, die manche hier gestellt haben, ob wir eine Agrarreform wollen oder wann wir eine Agrarreform wollen, sondern es stellt sich nur noch die Frage, wie sie aussehen wird und ob wir sie uns überstülpen lassen oder ob wir sie selber strukturieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Spätestens seit dem BSE-Jahr 2000 müsste eigentlich jedem klar sein, wie das **Leitbild einer zukünftigen Agrarpolitik** aussehen muss. Wir brauchen eine nachhaltige Agrarwirtschaft, die Ressourcen schont. Wir brauchen eine tiergerechte Landwirtschaft. Wir brauchen Klasse statt Masse. Wir brauchen gesunde und hochwertige Lebensmittel. Wir brauchen eben – das sage ich mit Blick auf eine Vorrednerin – eine Agrarwende.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Aber Bäuerinnen und Bauern brauchen wir auch!)

Ich sage das gerade mit Blick auf **Thüringen**. Sie sehen, wie viel an der Stelle noch zu tun ist. Ich ärgere mich über Thüringen deshalb, weil es dort zwar auf der einen Seite eine freiwillige Kontrolle gibt, die Kontrolle auf der anderen Seite aber so lange dauert, dass durch diese Art der Kontrolle am Ende die Landwirte schon wieder benachteiligt sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

In Produktionszweigen, die trotz des verunreinigten Futters über Wochen funktioniert haben, müssen dann die Tiere getötet werden.

Daran sehen Sie, dass man selbst eine Agrarwende nicht als geschlossenes System betrachten kann. Man muss den gesamten verarbeitenden Bereich mit einbeziehen. Nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Landwirte haben einen Anspruch darauf, dass die Futtermittel kontrolliert werden, und zwar schnell, und sie nicht gezwungen sind, diese Futtermittel noch wochenlang weiter zu verfüttern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

An den Vorrednern fällt mir eines auf: Es gibt bei Ihnen eine eklatante Wirklichkeitsverweigerung. Diese haben sie schon 1992 und bei der Agenda 2000 praktiziert und diese gibt es jetzt schon wieder. Das aber geschieht auf Kosten unserer Bäuerinnen und Bauern und das Spiel werde ich nicht mitmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD – Jürgen Koppelin [FDP]: Sie sind ja auch nicht mehr lange im Amt!)

– Sie haben eine sektorale Wahrnehmung, kommen mit populistischen Äußerungen und haben im Ergebnis nichts Neues gesagt.

(Hans-Michael Goldman [FDP]: Sie haben die falsche Rede vorliegen!)

Man muss hier einmal sagen, was Sie immer so treiben: Sie rufen immer nach einem neuen Zauberlehrling, nur gehen Ihnen die irgendwann einmal aus. Vor zwei Jahren haben Sie noch überall erzählt: Die Künast kann noch nicht einmal eine Kuh melken; anderes habe ich auch nie behauptet.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das stimmt! Es hätte auch etwas mit Tierschutz zu tun, wenn Sie das machen würden!)

In Brüssel werden aber auch keine Kühe gemolken, sondern da wird Politik gemacht. Auf dem Gebiet kann ich offensichtlich mehr als andere.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Zurufe von der CDU/CSU)

Vor zwei Jahren haben Sie hier gesagt: Wie gut, dass es **Franz Fischler** gibt, diesen vernünftigen Bauern aus Österreich. Der sortiert und regelt alles.

(Reinhold Hemker [SPD]: Der wird es der Künast schon zeigen!)



**Bundesministerin Renate Künast**

- (A) Dass Sie hier nicht mit einem glühend roten Gesicht sitzen, da bewundere ich Ihre Chuzpe. Genau dieser Franz Fischler, den Sie immer so gelobt haben, den Sie von der CDU/CSU-Fraktion eingeladen haben, den Sie hochgejubelt haben und bei dem Sie versucht haben, ihn gegen mich und die Bundesregierung in Position zu bringen, hat jetzt Vorschläge gemacht.

(Gerda Hasselfeldt [CDU/CSU]: Das ist Blödsinn!)

– Sie waren vielleicht nicht dabei; ich habe die Zeitungsartikel alle gelesen und alle anderen wissen es auch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es hieß immer: Franz Fischler gegen Rot-Grün, gegen Agrarwende und Künast.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Meine Freundin Renate!)

Jetzt, da die Agrarwende europäisch wird und Ihr konservativer Kollege Fischler Vorschläge macht, tun Sie so, als hätten Sie mit ihm nie etwas zu tun gehabt. Ich bin gespannt, wer der Nächste ist, den Sie so durch den Kakao ziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Franzose!)

- (B) – Lieber Friedrich, jetzt hast du mir etwas vorweggenommen. Jetzt geht es immer um den Franzosen an und für sich, aber Sie ahnen und wissen vielleicht auch schon, dass wir seit Monaten mit dem französischen Minister zusammensitzen und an gemeinsamen Papieren arbeiten. Ich weiß, was dann passiert. Nächstes Jahr um diese Zeit wird weder auf Franz Fischler noch auf Hervé Gaymard ein Loblied gesungen. Dann suchen Sie sich irgendeinen Neuen. Wir warten mit Spannung.

(Beifall des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage Ihnen nur eines ganz klar. So wird keine Politik für die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland daraus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas zu Herrn Silberhorn sagen. Sie sind gegen **einheitliche Prämien** in der EU, aber wer aus Bayern kommt, sollte an dieser Stelle demütig schweigen, denn auch dieses Modell kommt von einem Bayern, von Ignaz Kiechle. Schweigen Sie demütig, wenn Sie über das Thema reden, dass ich an der Frage gemessen werde, wie sich die Milchmarktsituation verändert. Was dies angeht, so bin ich vor Ihnen aufgestanden. Sie müssten eigentlich schweigen, denn die Situation heute ist Ergebnis eines CDU-Bauernverbandsystems.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch! – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben doch keine Ahnung, obwohl Sie Ministerin sind!)

Sie machen Politik, indem Sie ungetrückt von jeder Sachkenntnis den einen oder anderen Vorschlag einbringen. Was Sie aber nicht tun, ist, das gesamte System einzubeziehen. Sie tun so, als würden wir unter Laborbedingungen leben. Wir haben eine WTO. Sie kennen jetzt den ersten Entwurf von Harbinson.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sagen Sie etwas zur Sache!)

An der Stelle brauchen Sie sich doch gar nicht mehr mit mir und damit auseinander zu setzen, ob ich zu viele Reformen will. An dieser Stelle müssten Sie eigentlich mit uns gemeinsam darum kämpfen, dass dieses **Papier von Harbinson**, das unausgewogen und einseitig ist, so nicht beschlossen wird. So wird ein Schuh daraus.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Machen Sie doch einmal Vorschläge!)

Ansonsten erzählen Sie lieber Geschichten aus Wolkenkuckucksheim

(Reinhold Hemker [SPD]: Aus Pfaffenhofen!)

– aus Pfaffenhofen; stimmt, der Ort war falsch. Mein System ist es, reinen Wein einzuschenken und die Zukunft zu organisieren. Ich glaube, das ist für die Bäuerinnen und Bauern besser.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Jürgen Koppelin [FDP]: Nicht einmal von Wein haben Sie Ahnung!)

Ich möchte zwei, drei Worte zu den konkreten Vorschlägen von Fischler – die Unterlagen haben Sie ja alle schon im Ausschuss bekommen – sagen: Ich stehe zu der dynamischen und obligatorischen Modulation. Das Geld für die ländliche Entwicklung, das wir dringend brauchen, fließt dann nicht nur in die Urproduktion der Landwirte, sondern in all das, was auch Sie neuerdings immer so schön fordern – worüber ich mich freue – nämlich in die Pflege der Kulturlandschaften, Umweltschutz und artgerechte Tierhaltung.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Länger als Sie!)

– Wenn Sie es schon viel länger fordern als ich, dann müssten Sie wohl über Jahrzehnte eine Geheimhaltungspolitik betrieben haben, weil es keiner gemerkt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Widerspruch der Abg. Marlene Mortler [CDU/CSU])

– Das war dann vielleicht ein kleiner PR-Fehler Ihrerseits.

Wir brauchen für ein Spektrum von Maßnahmen im ländlichen Raum gerade auch in den neuen Bundesländern Geld. Man muss dieses Geld einmal in Bewegung bringen, ob es in erneuerbare Energien, **nachwachsende Rohstoffe** oder wohin auch immer fließt, sodass im ländlichen Raum zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können. Diese entstehen dann zwar nicht mehr nur im klassischen Bereich der ländlichen Urproduktion. Aber das ist auch gut so; denn eines ist doch eindeutig: Wer die Landflucht und Abwanderung in Mecklenburg-Vorpommern und vielen Randgebieten der neuen Bundesländer

**Bundesministerin Renate Künast**

- (A) stoppen will, muss den Mädchen, die zuerst weggehen, um Ausbildungsplätze im Westen zu suchen, in ihrer Heimat eine Perspektive bieten. Sie bieten sie ihnen nicht, indem Sie sie in bestimmte Berufe hineinzwingen. Sie schaffen dies nur, indem Sie die Angebotspalette von Berufen sozusagen um moderne Berufe, die heute gesucht werden, erweitern.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sie bieten aber auch keine Perspektive!)

„Ländliche Strukturpolitik“ ist der richtige Ausdruck dafür. Dafür wollen wir Geld bewegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden natürlich darauf achten – das weiß der Kommissar längst –, dass zukünftig die Mittel im entsprechenden EU-Land verbleiben, damit dort Maßnahmen unterstützt werden können. Wir wollen die Modulation ja gerade deshalb, um in diesen Regionen die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Fragen Sie einmal nach, wie das Ergebnis ist!)

- Bezüglich Degression und **Entkopplung** meine ich, dass da etwas geändert werden muss. Die Bundesregierung hat im Februar letzten Jahres bereits Vorschläge zu einer schrittweisen Entkopplung gemacht, die am Ende sozusagen durch betriebsbezogene Prämien ein Mehr schafft und insbesondere den Faktor Arbeitsplatz einbezieht. Wir geben hierfür ja Steuergelder aus; wir können nicht so tun, als ginge es um Besitzstandswahrung. Es geht vielmehr um das Ausgeben von Steuergeldern. Wir wollen von daher öffentlich begründen, warum und wofür wir sie ausgeben. Deshalb ist es richtig, bei den Direktzahlungen in Zukunft den Faktor Arbeitsplatz einzuberechnen. Selbstverständlich wollen wir ein System, das administrabel ist. Ich weiß ja, dass die Länder heute schon Probleme haben, das ganze Personal zu bezahlen, das man für Kontrollen braucht. Also muss ein solches System funktionieren.
- (B)

Sie haben hier manches gesagt und mir vorgeworfen, dass ich es nicht machen würde. Ich habe das längst getan. Antworten auf die Fragen zu den nachwachsenden Rohstoffen und dazu, ob die Roggenvorschläge so akzeptabel sind, wurden längst gegeben. Auch das Thema Milch, meine Herren, wurde von mir schon längst angesprochen. Ich sage dazu aber nur eines: Das heutige System haben Sie zu verantworten.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Das ist auch gut so!)

Das lasse ich mir von Ihnen nicht überstülpen.

Die Junglandwirte dagegen wollen andere Perspektiven. Dafür reicht es aber nicht aus, nach Brüssel zu gehen und zu sagen: So machen wir es. Denn wir haben Sperrminoritäten auf beiden Seiten: Die eine Gruppe sperrt sich dagegen, das jetzige System über 2008 hinaus fortzuführen; die andere sperrt sich dagegen, es abzuschaffen. Wir wollen deshalb ein neues System entwickeln: Wichtig ist dabei zunächst einmal, welche Messlatte wir anlegen. Ich gehe davon aus, dass es im bisherigen **EU-Prämien-system** Benachteiligungen gibt, weil bestimmte Gebiete,

wie zum Beispiel Grünlandstandorte, in diesem schlecht wegkommen. Ich will, dass es dort auch in Zukunft noch landwirtschaftliche Produktion gibt. Deshalb will ich Geld zu deren Gunsten umschichten, damit es diese Betriebe weiterhin gibt. Jede Entscheidung zu den Milchquoten ist also daran zu messen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden zusammen mit Frankreich weitere Vorschläge hierfür erarbeiten und entwickeln. Unser Ziel ist eine multifunktionale Landwirtschaft, der Abbau bestehender Benachteiligungen und die Einbeziehung des Faktors Arbeitsplatz in das landwirtschaftliche Prämiensystem.

Ich will Ihnen noch einen letzten Satz zum Thema **WTO-Agrarverhandlungen** sagen. Sie alle haben diese ja gar nicht berücksichtigt. Wir müssen eine Halbzeitbilanz schaffen, die WTO-fähig ist und diese Reformen überlebt. Das vorliegende WTO-Papier rechnet die Gelder der Cairns-Gruppe und der USA, deren Exportkredite und deren Art, Nahrungsmittelhilfen teilweise zulasten der Entwicklungsländer zu geben, nicht ein. Das lassen wir uns so nicht gefallen.

Aber wir dürfen nicht bei einer reinen Neinhaltung bleiben, sondern wir müssen uns daran beteiligen. Wir müssen auch bei den Entwicklungsländern Bündnispartner finden. Deshalb ist es wichtig, dass wir als EU sie in ihrer Art unterstützen und ihnen helfen, zum Beispiel die Produktion auszubauen. Nur so wird ein Schuh daraus.

Wir wollen durch mehrere Einnahmequellen Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft schaffen. Wir wollen für junge Menschen, für Frauen und Männer auf dem Lande Einkommensmöglichkeiten schaffen, die sich auf den Märkten, bis hin zu Energie und nachwachsenden Rohstoffen, rechnen.

(D)

Man kann es in einem Satz sagen: Wir wollen nachhaltige Landwirtschaft im Norden und im Süden unseres Globus und wir wollen mehr Nord-Süd-Gerechtigkeit, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder. Dafür brauchen wir eine Agrarwende über Europa hinaus und ein System, bei dem wir den Landwirten nicht Sand in die Augen streuen, sondern ihnen eine Perspektive bis 2013 geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Jürgen Koppelin [FDP]: Sie hatten die falsche Rede mit!)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Herr Kollege Carstensen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Peter H. Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, was man jetzt wieder von Frau Künast hört.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Nein; das war nicht interessant!)

**Peter H. Carstensen (Nordstrand)**

- (A) –Doch, das war interessant, insbesondere das, was sie über Frankreich gesagt hat. Das war eine typische „Phrasenverschiebung“. Wir haben aber früher im Naturkundeunterricht gehört, dass das etwas anderes ist.

Es ist nichts Sachliches gesagt worden. Aber so ist ja auch der Inhalt des Antrages. Er spiegelt das wider, was die SPD schon seit langem macht: Sie findet tolle Worte für alles Mögliche, zum Beispiel Steuervergünstigungsabbaugesetz für rund 40 Steuererhöhungen.

In dem Antrag steht etwas von Mut.

(Reinhold Hemker [SPD]: Wenn man Subventionen abbaut, ist das doch mutig!)

Wie heißt es so schön: „Agrarreform mutig angehen und ausgewogen gestalten“.

(Peter Dreßen [SPD]: Möchten Sie es noch einmal vorlesen?)

Ich halte den Titel für außerordentlich zynisch, liebe Frau Wolff. Wer soll hier eigentlich Mut haben? Sollen die Landwirte Mut haben, unter dieser Regierung weiterzumachen?

(Reinhold Hemker [SPD]: Ja!)

Oder braucht ihr Mut, um neue Vorschläge auf den Tisch zu legen, statt einen Antrag einzubringen, in dem überhaupt nichts steht?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Dieser Antrag ist vor vielen Wochen angekündigt worden. Wir haben richtig darauf gewartet, dass etwas Mutiges von der SPD kommt. Und was kam? – Eine Riesluftblase, die uns in der letzten Woche auf den Tisch gelegt wurde. Wenn man den Antrag liest, findet man nichts.

Liebe Frau Künast, wir haben durchaus ein bisschen Respekt vor Frankreich, zumindest was die Agrarpolitik und die Hilfe für die deutschen Bauern in den letzten Wochen angeht. Als es um eine Deckelung der Agrarausgaben ging, haben wir uns gefreut, dass den Bauern mithilfe einer Dolmetscherin und des französischen Staatspräsidenten ein bisschen mehr Luft verschafft worden ist. Als beim **Mid-Term Review** neue Beschlüsse verschoben worden sind, obwohl Sie immer gesagt haben, Sie wollen sie sofort in Kraft treten lassen, waren wir den Franzosen sehr dankbar; denn sie haben gesagt, die Bauern bräuchten Planungssicherheit; man solle bis 2007/08 warten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Insofern haben wir schon Respekt.

(Bundesministerin Renate Künast nimmt in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion Platz)

– Dass Ihr Respekt vor dem Parlament und dem Ausschuss nie sehr groß war, das wissen wir. Aber ich finde es unmöglich, Frau Künast,

(Beifall bei der CDU/CSU)

dass Sie sich in einer agrarpolitischen Debatte, bei der Sie gerade geredet haben und nun eine Antwort auf Ihre Rede hören, zu Kollegen setzen, um mit denen zu quatschen,

um das einmal ganz deutlich zu sagen. Aber ich rede gern weiter. (C)

Sie sagen, wir sollten gemeinsam gegen Harbinson kämpfen. Das greife ich gern auf. An diesem Punkt weiß ich selber nicht, ob es richtig ist, bereits im nächsten Jahr neue Beschlüsse zu fassen, die dann natürlich wieder Vorleistungen für die WTO-Verhandlungen bedeuten, oder damit zu warten. Ich erinnere aber auch daran, dass Sie und Ihr Vorgänger Karl-Heinz Funke uns zusammen mit Herrn Fischler immer wieder gesagt haben, die Beschlüsse der **Agenda 2000** seien Vorleistungen für die WTO. Wo bleiben Sie jetzt mit dieser Stellungnahme? Sind das noch die Vorleistungen oder nicht?

Es geht nicht darum, ob Sie eine Kuh melken können. Es hat etwas mit Tierschutz zu tun, dass man Sie, Frau Künast, nicht an die Kühe heranlässt.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Doch Karneval! Haben wir doch gesagt!)

Es geht darum, ob unsere Agrarpolitik nur europäisch und vom Haushalt bestimmt ist oder ob wir zu einer Agrarpolitik finden, die in der Lage ist, die bäuerliche Landwirtschaft in unserem Land zu erhalten.

Herr Minister Backhaus, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Es gibt in der SPD nur noch wenige, die etwas von der Agrarpolitik verstehen. Sie gehören ebenso wie Karl-Heinz Funke, der weggejagt worden ist, und Uwe Bartels, der abgewählt worden ist, dazu. Da Sie noch da sind, besteht also noch ein bisschen Hoffnung. Aber die Frage ist natürlich, Herr Backhaus, ob es immer richtig ist, im eigenen Bundesland auf Frau Künast und ihre Vorschläge zu schimpfen, sich aber hier ausdrücklich bei ihr zu bedanken. Wofür haben Sie sich eigentlich bedankt? (D)

(Dr. Till Backhaus, Minister [Mecklenburg-Vorpommern]: Für die Kappungsgrenze!)

– Für die **Kappungsgrenze!** Wenn es der einzige Punkt ist, für den Sie sich bedankt haben, dann ist es in Ordnung. Dafür kann man der Frau Ministerin – auch wenn es nicht allein ihr Verdienst ist – dankbar sein.

Sie haben Kritik geübt an der Abschaffung der Quote. Sie haben Kritik geübt an den Vorschlägen hinsichtlich der Milch. Sie haben Kritik geübt an der Modulation. Sie haben Kritik geübt an der Ausgestaltung der Entkopplung. Wofür haben Sie sich eigentlich bedankt? Sagen Sie hier doch einmal, dass Sie mit den Vorschlägen von Herrn Fischler nicht leben können! Da Sie an jedem Punkt dieser Vorschläge Kritik üben, sagen Sie bitte nicht, Sie würden sie grundsätzlich begrüßen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Kappungsgrenze ist sicherlich gefallen. Sagen Sie aber Ihren Bauern in Mecklenburg-Vorpommern einmal, was anschließend im Zuge der Degression auf sie zukommt. Wenn Sie jeden Hektar gleichmäßig fördern, dann müssen Sie auch sagen, wer das bezahlen muss und woher das Geld dafür kommen soll. Wir haben eine ganz schwierige Situation, in der weniger Geld umverteilt werden muss. Diese Umverteilung führt dazu, dass 80 Prozent der Bauern weniger bekommen. Nur für 20 Prozent



**Peter H. Carstensen (Nordstrand)**

- (A) der Bauern – das sind diejenigen, die sich nicht bedanken werden – wird die Situation günstiger sein.

Wer aber sagt, er finde diese Lösung gut, der muss darüber sprechen, was nach der Umsetzung dieser Vorschläge mit den Milchbetrieben in einem Land wie **Mecklenburg-Vorpommern** passiert. Nicht einer von euren Milchbetrieben wird anschließend noch rentabel wirtschaften können, insbesondere deswegen nicht, weil diese Betriebe einen hohen Kostenanteil durch Fremdarbeitskräfte haben. Wenn die Betriebe in Ihrem Bundesland, die mehr Fremdarbeitskräfte beschäftigen, mehr Geld bekommen sollen und wenn auf der anderen Seite das Lohnniveau, was richtig ist, angepasst werden soll, dann sind Ihre Betriebe die ersten, die gegen die Wand fahren, und nicht die Betriebe in Baden-Württemberg und Bayern. Herr Minister, deswegen können Sie diese Agrarpolitik hier nicht einfach loben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Künast, selbstverständlich – das streitet kein Mensch ab – brauchen wir eine Agrarreform. Selbstverständlich müssen wir gemeinsam gegen solche Vorschläge wie die von Harbinson kämpfen. Aber selbstverständlich muss auch sein, das Ganze einmal aus der Sicht der Bauern zu sehen. Es muss darum gehen, landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten. Dabei spielt die **Planungssicherheit** eine große Rolle. Ihr Vorhaben, die Modulation früher einzuführen – das führt dazu, dass Geld aus der Bundesrepublik abfließt – und früher mit den Agrarreformen anzufangen, ist ein schwerer Fehler.

- (B) Wir werden Vorschläge auf den Tisch legen. Einen Großteil dieser Vorschläge, über die man diskutieren sollte, haben wir schon vorgelegt.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Keiner bezweifelt, dass wir eine Agrarreform brauchen. Aber wir brauchen eine Reform, die einige Eckpunkte enthält.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Peter H. Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU):**

Zu den Eckpunkten gehört die flächendeckende Bewirtschaftung, sodass sichergestellt ist, dass wir auch in Zukunft eine rentable, kostengünstig produzierende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft haben.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Haben wir doch!)

– Bei allem Respekt, Frau Wolff, ich frage mich, warum Sie damals den Antrag, in dem eine Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Richtlinien gefordert wurde, abgelehnt haben, obwohl Sie eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ohne Wettbewerbsverzerrungen haben wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gilt das auch für das Branntweinmonopol?)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

(C)

Herr Kollege Carstensen, ich möchte Ihnen ausdrücklich sagen: Ich kann nichts Tadelnswertes daran finden, dass sich eine Ministerin, die ein Mandat hat, zu den Abgeordneten setzt. Alles Weitere ist Sache des Präsidenten.

(Abg. Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU] meldet sich zu Wort)

– Nein, ich gebe Ihnen nicht das Wort, sondern dem Herrn Minister, den Sie gerade angesprochen haben.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Genau das haben Sie gesagt. – Die Wortmeldung des Ministers ist eine Erklärung zur Aussprache; denn er ist direkt angesprochen worden.

**Dr. Till Backhaus, Minister (Mecklenburg-Vorpommern):**

Herr Carstensen, Sie haben mich direkt angesprochen. Anscheinend haben Sie mir während meiner Rede überhaupt nicht zugehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich fasse es noch einmal für Sie zusammen – wir kennen uns ja schon ein paar Jahre; ich bin im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sehr fest verwurzelt und weiß, was in der Landwirtschaft und darüber hinaus in diesem Lande los ist –: Wir haben mit den Vorschlägen von Herrn Fischler konkret fünf Riesenprobleme.

Punkt eins betrifft die **Modulation**, die bei uns dazu führt, dass die etwas größeren Unternehmen, die zum Teil von Bayern angegriffen worden sind, unter der Modulation bis zu 19 Prozent ihres Einkommens verlieren würden. Das können wir so nicht akzeptieren. Ich nenne Ihnen noch einmal die Zahlen – ich habe sie in meiner Rede angeführt –: Wir erhalten zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern Preisausgleichszahlungen in Höhe von circa 450 Millionen Euro. Das sind Tier- und Pflanzenprämien bzw. Hektarausgleichszahlungen. Davon würden wir in Mecklenburg-Vorpommern nach der Gesamtbilanz insgesamt etwa 130 Millionen Euro verlieren. Das ist nicht zu akzeptieren; da muss es Veränderungen geben.

Punkt zwei ist: Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, welche Entwicklung wir im Hinblick auf die Milch wollen. Dazu habe ich gesagt: Wir wollen zwar ein mengen-gesteuertes Modell, aber den Ausstieg – das sage ich sehr deutlich auch für den bayerischen Kollegen – aus der kapitalisierten Milchprämie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schauen Sie sich einmal Ihre Börsen in Bayern an: Zurzeit wird die Milchquote für 1 Euro gehandelt. Das ist aus meiner Sicht der blanke – – Diesen Begriff können Sie selber wählen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wird eine Entwicklung betrieben, die die Landwirte gezielt in den Ruin treibt. Ich bedauere das ausdrücklich.

(D)



**Minister Dr. Till Backhaus (Mecklenburg-Vorpommern)**

- (A) Punkt drei ist, dass ich gesagt habe: Wir möchten eine **lineare Degression**. Denn ich bin der Auffassung, dass es richtig ist, dass jeder Hektar in gleicher Weise behandelt wird und der Landwirt als Pfleger der Kulturlandschaft und damit als jemand, der im ländlichen Raum Arbeit schafft, ein Honorar dafür erhält.

Der vierte Punkt ist – ich würde dabei gerne dem Herrn Carstensen, der durch die vor ihm Stehenden verdeckt wird, in die Augen blicken; aber das wird wahrscheinlich nicht gewünscht –, dass wir die **Roggenintervention**, so wie sie im Modell vorgesehen ist, nicht akzeptieren können. Denn damit würden allein in Mecklenburg-Vorpommern 200 000 Hektar nicht mehr ordnungsgemäß bewirtschaftet.

Der fünfte und letzte Punkt ist, dass ich es ablehne, die Flächenstilllegung obligatorisch auf 10 Prozent festzulegen. Denn dies bedeutet gerade für die nachwachsenden Rohstoffe das Aus.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Minister, ich muss Sie leider auf die Redezeit hinweisen.

**Dr. Till Backhaus**, Minister (Mecklenburg-Vorpommern):

Ich komme gleich zum Schluss. – Sie wissen es vielleicht: Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind dank der Zusammenarbeit mit dem Bund gerade dabei, zur Verarbeitung von Raps überzugehen. Dies wäre dann auf diesen Flächen nicht mehr möglich.

- (B) Das sind die fünf Kritikpunkte. Dazu habe ich in meiner Rede Änderungsvorschläge gemacht. Ich gehe davon aus, dass der eine oder andere Vorschlag hoffentlich konsensfähig sein wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Herr Kollege Goldmann.

**Hans-Michael Goldmann (FDP):**

Sehr geehrte, geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich hier stehen: gemeinsame Kämpfer für den ländlichen Raum. Ich möchte gleich darauf zu sprechen kommen, warum ich das nun korrigiere.

Herr Backhaus, ich habe Sie bereits während Ihrer Rede verstanden. Ich denke, dass wir es so halten sollten, dass wir einander zuhören. Lieber Norbert, wenn schon Frau Künast nicht den nötigen Respekt vor den Kollegen, die hier sprechen, hat, indem sie mit dir Privatgespräche führt, dann solltest vielleicht zumindest du so kollegial sein, einem Mitglied des Ausschusses die Aufmerksamkeit zu schenken, die ich für notwendig halte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

- (C) Es ist überhaupt keine Frage: Wir brauchen Reformen. Wir müssen diese Reformen auf den Weg bringen. Dazu ist sehr viel Konstruktives von den unterschiedlichen Rednern gesagt worden. Es gibt eine harte Auseinandersetzung um den Weg. Aber wir müssen diesen Weg gehen und darüber sind wir uns vollkommen einig. Ich bin mit dem, was zum Beispiel der Kollege Hemker gesagt hat, sehr einverstanden. Lassen Sie uns hier gemeinsam in die richtige Richtung gehen!

Es gab ein Problem, Frau Künast: Das war Ihre Rede. Das will ich ganz ehrlich sagen. Sie haben unnötigerweise einen Keil in die sehr sachlich geführte Diskussion getrieben und das, was Sie gesagt haben, hatte meiner Meinung nach etwas mit dem zu tun, was Sie angesprochen haben, nämlich mit Wirklichkeitsverweigerung.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Auf der  
Seite der Opposition! Völlig richtig!)

Wenn Sie die **Agrarwende** auf den BSE-Skandal zurückführen, dann haben Sie diese Problematik überhaupt nicht verstanden und dann ist Ihre Politik, die Sie auf dieser Grundlage gestalten, auf Sand gebaut und hat kein festes Fundament.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der  
CDU/CSU)

- (D) Sie haben die Modulation angesprochen. Wir sind selbstverständlich bereit, gemeinsam etwas für den ländlichen Raum zu tun. Wir werden in den Haushaltsdebatten Anträge stellen, die darauf abzielen, den Wandel der Agrarstruktur weiter voranzutreiben. Stimmen Sie diesen Anträgen doch zu! Aber nehmen Sie den Bauern nicht weg, was sie brauchen, um die Herausforderungen, die auf sie zukommen, selber bewältigen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der  
CDU/CSU)

Wir brauchen uns bei diesem Thema nicht künstlich auseinander zu dividieren. Sie wissen ja, dass Sie meine Fraktion bei der aktuellen Diskussion um den **Futtermittelskandal in Thüringen** auf Ihrer Seite haben. Ich denke, Gemeinsamkeit würde uns hier helfen.

Welches sind die Gemeinsamkeiten, auf die wir Liberale Wert legen? Wir wollen erstens eine Entkopplung der Direktzahlungen der EU von der Produktion, weil wir meinen, dass dies die Kernvoraussetzung für einen drastischen Abbau der Bürokratie ist und die Gewähr bietet, dass den Landwirten dieses Geld zur Verfügung steht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Unser Modell einer **Kulturlandschaftsprämie**, das maßgeblich von unserem Kollegen Heinrich entwickelt worden ist, trägt diesem Gedanken hundertprozentig Rechnung. – Es ist schon interessant, was Sie, Herr Backhaus, dazu gesagt haben. Ich glaube, Sie haben unser Programm gelesen. – Das Geld wird so bei denjenigen ankommen, die es brauchen. Deswegen werden wir an dem Vorschlag der Kulturlandschaftsprämie festhalten und ihn in die Diskussion einbringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**Minister Dr. Till Backhaus (Mecklenburg-Vorpommern)**

(A) Zweitens wollen wir Planungssicherheit. Ich sage es einmal ganz platt – Herr Bleser hat es an Beispielen deutlich gemacht –: Mit dem Beginn der obligatorischen Modulation der Direktzahlungen im nächsten Jahr wird es nichts. Das steht erst im Jahr 2006 an. Ihr Vorgehen ist ein Unding. Die Milch unserer Kühe kommt auf den Markt und Sie sprechen von dem Vorziehen der Milchmarktreform auf das Jahr 2004. Das ist realitätsfremd. Wir sollten gemeinsam einen Weg beschreiten, Frau Höfken.

Den Zeitraum von 2007 bis 2012, 2013 oder 2014 können wir ausgestalten. In dieser Zeit werden wir die Entkopplung schrittweise umsetzen. Dabei steht alles auf dem Prüfstand und für alles werden Lösungsvorschläge entwickelt. Wenn es uns glückt, den Menschen klar zu machen, dass das Geld, das die Bauern erhalten, von diesen für den Erhalt der Kulturlandschaft im ländlichen Raum eingesetzt wird, werden wir gesellschaftliche Akzeptanz für unsere Vorstellungen finden, auch beim Steuerzahler, und können wir Perspektiven für unsere Bauern entwickeln.

Inwieweit wir **Ausnahmeregelungen** brauchen, zum Beispiel im Bereich der Zuckererzeugung, werden wir sehen. Aber wir sollten Lösungen gemeinsam entwickeln.

Ich bin davon überzeugt, dass der Orientierungsrahmen, den ich zu skizzieren versucht habe, Grundvoraussetzung für die WTO-Kompatibilität ist. Wenn wir die Gemeinsamkeiten herausstellen, sind wir, wie ich meine, auf einem guten Weg. Lassen Sie uns diesen Weg beschreiten!

Herzlichen Dank.

(B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Jetzt erhält der Abgeordnete Peter Jahr das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Peter Jahr (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zunächst sehr froh darüber, dass wir über die anstehende EU-Agrarreform heute in diesem Hohen Hause und damit in der Öffentlichkeit diskutieren können. Ich freue mich auch darüber, dass zu diesem Beratungsgegenstand verschiedene Anträge vorliegen; denn in der Politik gilt: Reden ist gut, beschließen ist besser.

Die bisherige Verhandlungsstrategie der Bundesregierung könnte man mit dem Motto beschreiben: Das Ziel ist nichts, Bewegung ist alles.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genauso ist es!)

Auch bei den die Regierung stützenden Fraktionen ist es nicht anders, meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen. Zurzeit erkenne ich in Ihren Reihen eine Meinungsvielfalt, welche die Anzahl Ihrer Ausschussmitglieder bei weitem übertrifft: Da lobt die zuständige Ministerin die Vorschläge von **Kommissar Fischler** über alle Maßen. Das wurde im Ausschuss recht

heftig kritisiert. Heute im Plenum klangen die Aussagen hierzu etwas differenzierter; der Agrarsprecher kann sich Nachbesserungen vorstellen. In dem vorliegenden Antrag von SPD und Grünen werden die Reformvorschläge dagegen ausdrücklich begrüßt. Ich könnte noch mehr Beispiele nennen. (C)

Dieses Durcheinander haben wir schon beim so genannten Steuervergünstigungsabbaugesetz erlebt. Auch dazu wurden ständig neue Nebelbomben gezündet. Es wurden sogar nicht autorisierte Anträge der regierungstragenden Fraktionen verteilt, dass selbst der politisch interessierte Landwirt Mühe hat, Ankündigungen von Initiativen oder persönliche Ansichten der Abgeordneten von Beschlüssen der Bundesregierung zu unterscheiden. Dieses Durcheinander ist mittlerweile zum unverkennbaren Markenzeichen rot-grüner Regierungsarbeit geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich wünsche mir – nein, besser gesagt: ich erwarte von der Bundesregierung endlich konkrete Vorstellungen darüber, wie die EU-Agrarreform weiterentwickelt werden und wann sie in Kraft treten soll. Was mich besonders ärgert, ist die Tatsache, dass die Fraktionen von SPD und Grünen dieses Versteckspiel der Konkretheit mitmachen. Ihr Antrag entspricht zwar den formellen Anforderungen der Geschäftsordnung, ist ordentlich formuliert und enthält keine orthographischen Fehler – ich habe zumindest keine gefunden –,

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Sind Sie für die Kontrolle zuständig?)

er hat nur einen Mangel: Er hat keinen konkreten Inhalt. Von der Überschrift des Antrages „EU-Agrarreform mutig angehen und ausgewogen gestalten“ wird inhaltlich nichts abgearbeitet. (D)

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Nach dem Durchlesen kann man nur feststellen: Früher waren Sie vielleicht einmal mutig und ausgewogen, heute sind Sie nur noch „und“ – und selbst das nur noch mit Abstrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Was sagen Sie eigentlich zum Inhalt? – Matthias Weisheit [SPD]: Wo bleibt denn Ihr Inhalt?)

– Ich komme noch darauf zu sprechen.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Das ist ja schön!)

In Anbetracht Ihrer Ankündigungen in Presse und auf Wahlkreisveranstaltungen ist der von Ihnen eingereichte Antrag eine einzige große Enttäuschung. Glücklicherweise hat die CDU/CSU-Fraktion einen eigenen Antrag vorgelegt. Immer dann, wenn man beim Lesen Ihres Antrages denkt, jetzt werde es konkret, wechseln die Verfasser das Thema. Beispiele: Sie wollen die Reform zwar mutig und ausgewogen angehen, über den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens sagen Sie nichts Konkretes.

Ich weiß ja nicht, was Ihre freundliche Ministerin hierzu empfiehlt; ich empfehle Ihnen den Antrag der

**Dr. Peter Jahr**

- (A) Fraktion der CDU/CSU. Unser Antrag ist eindeutig. Darin heißt es:

Die in Berlin beschlossene Agenda 2000 gilt ohne wesentliche Abstriche bis ins Jahr 2006.

(Matthias Weisheit [SPD]: Das ist doch selbstverständlich! Völlig unnötig!)

Dieser Satz in unserem Antrag bedeutet, grundlegende Korrekturen vor Ablauf dieses Zeitpunktes sind unzulässig.

(Matthias Weisheit [SPD]: Was selbstverständlich ist, brauche ich da nicht reinzuschreiben!)

– Herr Kollege Weisheit, ich freue mich, dass wir Ihren Zwischenruf ins Protokoll aufnehmen können. Wenn das selbstverständlich ist, dann hätten Sie das aber auch gleich in den Antrag schreiben können. Unsere Bäuerinnen und Bauern warten auf konkrete Hinweise und nicht auf schöngeistige Formulierungen, die in der Sache nicht weiterhelfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mein nächstes Beispiel betrifft die **Milchquote**. Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, wollen – so steht es in Ihrem Antrag –, dass die Reform der Marktordnung Milch den Milcherzeugern eine wirtschaftlich tragfähige Perspektive eröffnet. Stimmt! Allerdings ist diese Aussage so herrlich unkonkret, dass sie immer passt.

(Matthias Weisheit [SPD]: Dann müssen Sie den zweiten Teil lesen!)

- (B) Die Aussage, morgen findet Wetter statt, hat einen ähnlich konkreten Inhalt. Auch hier verweise ich Sie auf den Antrag der CDU/CSU-Fraktion. Dort steht eindeutig und klar, dass wir uns für die Beibehaltung der Milchquote bis 2014/15 aussprechen, und das ohne Erhöhung der Milchquotenmenge.

(Lachen des Abg. Matthias Weisheit [SPD] – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sind Sie pleite!)

– Ohne Erhöhung, das ist schon wichtig.

(Matthias Weisheit [SPD]: Wolkenkuckucksheim!)

Auch bei den Themen Bürokratieabbau, Entkopplung der Prämien und Wegfall der Roggenintervention – eine Problematik, die sich ganz besonders in den neuen Bundesländern negativ auswirkt – besetzen Sie nur Allgemeinplätze und werden nicht konkret. Beim Roggen hätte ich mir zum Beispiel eine Antwort auf die Frage gewünscht, ob Sie die energetische Verwertung wollen oder nicht.

Ich möchte Sie nochmals eindringlich darauf hinweisen, dass es besonders in den neuen Bundesländern bei der Entkopplung neben den allgemeinen Problemen noch das Problem der Benachteiligung der Viehhaltung gibt. Pro-

duktionsunabhängige **Betriebsprämien** können nämlich zu einem weiteren Abbau der Kosten, der Investitionen und der arbeitskräfteintensiven Viehhaltung führen. Eine Grünlandprämie wirkt diesem Trend nur ungenügend entgegen. Es stellt sich die Frage, warum ein Bullenmäster eigentlich noch Bullen mästen soll, wenn er das Geld auch ohne Produktion bekommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das, was sich für einen naiven Landwirt als das finanzielle Perpetuum mobile darstellt – man erhält fürs Nichtstun Geld –, werden wir vor dem Steuerzahler auf Dauer nicht verantworten können. Leider kann ich aus Zeitgründen nicht vertiefend auf diese Aspekte eingehen, weshalb ich auf die Vorredner meiner Fraktion verweise.

Abschließend möchte ich Sie, meine Damen und Herren von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen, bitten: Tun Sie sich und der deutschen Landwirtschaft den Gefallen und ziehen Sie Ihren Antrag zum Wohle unserer Landwirte zurück. Stimmen Sie dem Antrag der CDU/CSU zu.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wir können doch keinen Antrag zurückziehen, der zum Wohl der Landwirte ist!)

Tun Sie dies ganz einfach deshalb, weil unser Antrag besser ist. Leistung sollte sich ja bekanntlich durchsetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

#### **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Kollege, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen zu Ihrer ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/422, 15/462 und 15/435 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Vorlage auf Drucksache 15/462 soll zusätzlich an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

